Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg. Inserate** für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 150. **Freitag, den 30. Juni 1899.** 6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel ersuchen wir alle Leser und Freunde unseres Blattes, eifrig auf die Werbung neuer Abonnenten in Freundes- und Bekanntenkreisen bedacht zu sein. Soeben hat der Reichstag die

Zuchthausvorlage

begraben, aber der Zuchthauskurs lebt noch. Die Reaktion, die Scharfmacher, die Feinde des Volkes sind nach wie vor eifrig bemüht, diesem seine spärlich bemessenen Rechte zu schmälern.

In einer so ernsten Zeit muß jeder Freund der Volkssache unablässig bemüht sein, die Waffen im Freiheitskampfe zu führen. Die beste Waffe aber ist stets die Presse.

Der

„Lübecker Volksbote"

ist stets unerschrocken eingetreten für

Volksfreiheit und Volkswohlfahrt.

Kein freiheitsliebender Mann darf deshalb dem

„Lübecker Volksbote"

fernstehen.

Freunde und Genossen, werbt für Euer Blatt neue Abonnenten, für die Volkssache neue Streiter. Bedenkt, daß die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse der beste Gradmesser für die freiheitliche Richtung in der öffentlichen Meinung ist. Verbannt aus den Hütten und Wohnungen des arbeitenden Volkes jene sogenannten parteilosen Blätter, die die Freiheit des Volkes einsargen lassen, ohne sich dagegen aufzubäumen.

Der **„Lübecker Volksbote"** kostet bei täglichem Erscheinen nur **1 Mark 60 Pfg.** pro Vierteljahr, oder monatlich 55 Pfg.

Unsere

Postabonnenten

werden ersucht, ihr Abonnement umgehend zu erneuern, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Und nun auf zur Agitation!

Redaktion und Verlag des „Lübecker Volksbote."

Der Kaiser und der Reichstag.

Die demokratische „Frkf. Ztg." behandelt in einem Leitartikel den Zwischenfall Brefeld-Ballestrem, der gewissen Scharfmacherorganen noch immer zu einer Hetze gegen den Reichstag dient. Das Frankfurter Blatt schreibt:

Nicht die Organe der Konservativen, die sonst aus politischer Klugheit und der Tradition folgend sich bei jeder einigermaßen geeigneten Gelegenheit als Hüter der Krone aufspielen, sondern vielgewandte Geschäftspatrioten, welche den Flottenenthusiasmus mit den sozialpolitischen und materiellen Interessen der Großindustriellen nützlich zu verbinden wissen, haben aus Anlaß des Zwischenfalles, der sich jüngst zwischen dem Reichstagspräsidenten Grafen Ballestrem und dem Minister Brefeld abspielte, eine edle Entrüstung kundgegeben in der Frage, ob die Person des Kaisers im Parlament erwähnt werden darf, und wie weit die Disziplinarbefugniß des Präsidenten gegen Mitglieder der Regierung reicht, zu einem Konflikt zu verwerthen gesucht, sogar zu einem Konflikt auf alle Konsequenzen hin. Wie tapfer das klingt! Der Kriegsruf dieser sonderbaren Schildhalter der Krone ist wirkungslos verhallt. Es giebt zur Zeit wirklich einige wichtigere und ernstere Dinge, und vor allem mögen die sorgenbeladenen Herren, die die Reichs- und Staatswagen lenken, sich bekreuzigt haben bei dem Gedanken eines ebenso aussichtslosen wie gegenstandslosen Kampfes mit dem Reichstage, dessen maßgebende Parteien für sog. nationale Forderungen wie den Ankauf von Südseeinseln in guter Stimmung zu erhalten ihnen gewiß viel wichtiger ist.

Es sind über den Zwischenfall, der sicher keine weiteren Konsequenzen haben wird, zahlreiche Betrachtungen auch staatsrechtlicher und historischer Art angestellt worden. Die Sache liegt sehr einfach. Es ist richtig, daß in anderen konstitutionellen Ländern — Herr Brefeld hat pathetisch gesagt: „in der ganzen zivilisirten Welt" — die Person des Monarchen nicht in die parlamentarischen Debatten gezogen wird. Das ist überall dort üblich und geht dort an, wo der Monarch nicht persönlich durch öffentliche politische Kundgebungen oder Handlungen in den Gang der Regierung eingreift. Der Brauch wird auch in anderen Ländern nur solange geübt, als diese Voraussetzung zutrifft. In Preußen-Deutschland hat sie nie dauernd zugetroffen, und die Person des ersten Kaisers ist, sowohl in seiner Eigenschaft als König von Preußen wie als Kaiser mehrfach in den Volksvertretungen nicht nur in die Debatte gezogen, sondern, man kann sagen, von der Opposition ausgespielt worden. Es ist bekannt, daß die Konservativen das gethan haben, und wie Fürst Bismarck in wichtigen Momenten die Person seines kaiserlichen Herrn parlamentarisch verwerthet hat. Wilhelm II. liebt es, durch öffentliche Reden und persönliche Kundgebungen der verschiedensten Art ohne Rücksprache mit seinen verantwortlichen Berathern in die auswärtige und innere Politik einzugreifen und gesetzgeberische Aktionen zu veranlassen.

Es wäre einfach Heuchelei und es hieße Unmögliches verlangen, wenn man der Volksvertretung zumuthen wollte, diesen wichtigen persönlichen Antheil des Kaisers an der Politik scheu zu ignoriren. Das geht einfach nicht. Gerade das letzte Beispiel, die sog. Zuchthausvorlage, beweist das auf's Schlagendste! Man kann im Parlament nicht über diese Aktion sprechen, ohne der Reden des Kaisers zu gedenken, direkt oder indirekt, denen sie ihre Entstehung verdankt. Der Kaiser wird sich nicht ändern. Der Hang zu schnellem persönlichen Eingreifen ist zu sehr in seinem ganzen Charakter begründet, und so wird es dabei bleiben, daß im Parlament und in der Presse die kaiserlichen Kundgebungen, die einen Theil der Regierungsmethode bilden, besprochen und kritisirt werden. Das kann stets mit dem Respekt geschehen, der dem Staatsoberhaupt unter allen Umständen gebührt, aber es geschieht auch am besten mit der Offenheit, auf welche der Monarch Anspruch hat. Ein Unglück ist das nicht, höchstens für die vielen armen Teufel, die dabei aus stilistischem Ungeschick dem Staatsanwalt verfallen. Denjenigen, welche diesen Zustand für ein Unglück halten, steht nur der Weg offen, seine Ursachen zu beseitigen. Eine schöne, aber nicht leichte Aufgabe. Bis sie ihnen gelungen ist, werden auch im Reichstage persönliche Kundgebungen des Kaisers besprochen werden, und es ist sehr fraglich, ob sich die vom jetzigen Präsidenten Grafen Ballestrem festgesetzte Beschränkungen auf offiziell oder im „Reichs-Anzeiger" veröffentlichte Kundgebungen wird einhalten lassen.

Es ist im Reichstage schon manches kritische Wort gegen kaiserliche Kundgebungen gefallen. Herr Rösicke, der zum letzten Zwischenfall Veranlassung gab, hat den Kaiser nicht kritisirt, auch nicht „Einwendungen und Vorwürfe" erhoben, wie man nach den Worten des Ministers Brefeld glauben könnte. Er hat vielmehr eine Anklage gegen die Räthe der „Krone" erhoben, „weil sie nicht versucht haben, die höchste Stelle im Reich darauf aufmerksam zu machen, daß die Ansichten, die in der Bielefelder Rede des Kaisers niedergelegt waren, nicht die richtigen sind." Man kann, wie die Dinge liegen, kaum korrekter und respektvoller sprechen. Minister Brefeld, der in diesem Falle die ihm sonst eigene klare Auffassung des Thatsächlichen vermissen ließ, ist anderer Meinung. Er hat dem Ausdruck gegeben. Das ist sein Recht. Er kann als Mitglied des Bundesraths sprechen, was und worüber er will, Richtiges und Unrichtiges. Es ist aber ebenso das Recht jedes Mitgliedes des Reichstages, ihm darauf zu antworten. Ob dabei die Grenzen der parlamentarischen Disziplin in der Form überschritten werden, entscheidet allein der Präsident des Reichstags. Er entscheidet das nicht nur gegenüber den Abgeordneten, sondern auch gegenüber den Ministern und sonstigen Mitgliedern des Bundesraths. Die Form bleibt dem Takte des Präsidenten überlassen. Graf Ballestrem hat in diesem Falle die richtige Form gefunden. Die Mitglieder des Bundesraths haben gar kein Mittel, sich derartigen Aeußerungen des Präsidenten zu entziehen; sie können höchstens den Saal verlassen. Dann geht's auch ohne sie. Sie können dem Präsidenten antworten. Sollten sie dabei — was unter anderen Verhältnissen und Persönlichkeiten denkbar wäre —, die parlamentarische Ordnung verletzen, so hat der Präsident ein Mittel, ihnen Schranken zu setzen: er hebt die Sitzung auf.

Wenn nun Herr Brefeld behauptet hat, die Erwähnung des Monarchen sei ein Bruch mit dem im Reichstage und bei allen zivilisirten Nationen üblichen Brauch, so ist er thatsächlich im großen Irrthum. Fürst Bismarck spricht gegen ihn. In einer Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. Januar 1887 wurde das Septennat erwähnt. Ein konservativer Redner spielte gegen die Opposition den Kaiser aus. Eugen Richter tadelte das. Da erhob sich Fürst Bismarck und sagte:

„Der Abg. Richter hat es unanständig gefunden, den König in unserer Debatte zu erwähnen. Dann muß er auch die Verfassung unanständig finden, denn in einzelnen Artikeln sagt sie vom König: Der König thut dies und das. Wer wünscht, daß vom König nicht die Rede sein soll, der hat das Bedürfniß, die königliche Gewalt in Vergessenheit gerathen zu lassen; ja, das sitzt dahinter, wenn man sagt, davon darf nicht gesprochen werden. Wir haben ja in ostasiatischen Ländern solche verehrte Personen gehabt, die so hoch waren, daß sie nicht gesehen und von ihnen nicht gesprochen werden durfte. Wir haben in England die Theorie, daß vom König nicht geredet werden darf, weil das die Aristokratie in den Schatten gestellt hätte. Und bei uns stellte es einen Parteichef zu viel in den Schatten, wenn vom König zu viel geredet wird. Nun, bei uns in Preußen ist der König, Gott sei Dank, ein mächtigerer Mann und eine ansehnlichere Potenz, mit der jeder rechnen muß. Daß hier und da von einer Gefährdung der Krone die Rede sei, daran glauben ja die Herren selbst nicht, sie sind sich dieser Schwäche bewußt und wollen nur, daß von der Stärke des preußischen Königthums möglichst wenig die Rede sei, dann sind sie schon froh. Ich hatte das nicht für unanständig, ich halte mich an die Verfassung und werde von dem König reden, so oft als ich berufen bin, seinen persönlichen Willen geltend zu machen, der für mich ein wesentlicher Entscheidungsgrund ist."

Das ist klar und bestimmt und paßt auch auf den letzten Fall, bei welchem die Minister sich auch auf den Kaiser „und dessen persönlichen Willen" hätten berufen können. Im Reichstage hat, nachdem in früherer Zeit vom Präsidenten proklamirt worden war, daß das Hineinziehen der Person des Kaisers in die Debatte unzulässig sei, Fürst Bismarck und auch mancher andere Redner wiederholt die Person des Kaisers erwähnt. Bismarck hat auch nicht angestanden, im Reichstage zu erklären, daß auch Abgeordneten dieses Recht nicht zu beschränken sei. Er hat über die königliche Gewalt und den königlichen Willen sich im Reichstage mehrfach ausgesprochen. Er sagte u. A. am 24. Januar 1882:

„Es ist ganz erklärlich, wenn man sich denkt, daß in Ihrer Verehrung der König so hoch steht und noch höher, bis in die Wolken hinein, wo ihn kein Mensch mehr merkt, und kein Mensch mehr spürt vor lauter Verehrung; nicht aus Herrschsucht stellen Sie ihn so hoch, nein, aus lauter Verehrung für das Königthum so daß er zuletzt, wie früher der geistliche Kaiser in Japan, alle Jahre einmal an einem hohen Festtage gezeigt wird, von unten, auf einem Gitter gehend, so daß man nur seine Sohle sehen kann. Auf diese Weise wird jedenfalls eine konstitutionelle Hausmeierei ausgebildet, noch mehr, als sie bei den Karolingern mit ihren Schattenkönigen bestand; bei uns aber regiert der König selbst, die Minister redigiren wohl, was der König befohlen hat, aber sie regieren nicht."

Herr Brefeld wird einsehen, daß er sich auf den Fürsten Bismarck nicht berufen kann, daß dieser vielmehr direkt gegen ihn spricht. Und Fürst Bismarck und das Reich unter ihm gehörte gewissermaßen auch zur gesitteten Welt und zu den monarchischen Staaten. Wie weit und in welchen Formen man im Parlament über den Monarchen sprechen darf, hängt vom Ermessen des Präsidenten ab. Auch Herr Brefeld wird nicht behaupten, daß die früheren Präsidenten oder auch der jetzige die Grenzen zu weit gesteckt hätten. Er kann auch nicht behaupten, vom letzten Falle und einem Manne wie Herrn Rösicke ganz abgesehen, daß die Neigung zur Verletzung des dem Staatsoberhaupt zukommenden Respekts im Reichstage in einer irgendwie bedenklichen Weise hervorgetreten sei.

Es ist früher und von einem konservativen Blatte auch in diesem Falle den Herren am Bundesrathstische — und dazu gehört manch kleiner Geheimrath — eine bevorzugte Stellung gegenüber den Abgeordneten zugeschrieben worden. Sie sollen, der Disziplinargewalt des Präsidenten entrückt, dem Reichstage sagen können, was sie wollen, selbst aber durch den Präsidenten geschützt sein. Eine erbärmliche Rolle für die Volksvertretung und ihren Präsidenten! Diesem liegt nach der Geschäftsordnung des Reichstags, die nach der Verfassung anerkannt ist, die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen ob. Damit ist auch seine Stellung zu sämmtlichen in der Sitzung Anwesenden, nicht etwa nur zu den Abgeordneten, sondern auch zu den Mitgliedern der Regierung am Bundesrathstisch und zum Publikum auf den Tribünen gegeben. Das ist nie streitig gewesen. Alle Präsidenten haben gelegentlich Minister oder andere Mitglieder der Regierung in verschiedenen Formen ermahnt, getadelt und korrigirt. Streitig war nur und wird immer bleiben, ob der direkte Ordnungsruf in der vorgeschriebenen Form: „Ich rufe Sie zur Ordnung" auch Mitgliedern der

Regierung gegenüber zulässig sei. Wirklich nur ein Streit um eine Form, denn jeder Präsident wird die geeigneten Wendungen finden, um auch einem Minister zu sagen, was er ihm zu sagen hat. Man kann sehr höflich und sehr bestimmt zur Ordnung rufen ohne Ordnungsruf. Das hat Graf Ballestrem bewiesen. Am schärfsten hat Herr v. Forckenbeck als Reichstagspräsident dem Fürsten Bismarck gegenüber seinen Standpunkt gewahrt. Er hat ausdrücklich erklärt, daß auch der Reichskanzler der Disziplinargewalt des Präsidenten unterworfen sei. Frühere und spätere Präsidenten haben mehrfach ordnungswidrige Aeußerungen von Bundesrathsmitgliedern in unzweideutiger Weise gerügt.

Ein Präsident, der auf sich und die Würde der Volksvertretung etwas hält, wird auf dieses Recht nie verzichten. Es ist daraus nie ein Konflikt entstanden, und es wird nie einer entstehen, denn es fehlt der Regierung an jedem Mittel, ihn durchzukämpfen. Ein Präsident, der den Reichstag nicht genügend gegen Regierungsmitglieder schützte, würde die Abgeordneten auf Selbsthilfe anweisen und nicht lange Präsident bleiben. Daß etwa gar ein Präsident zu streng oder provokatorisch gegen die Herren am Bundesrathstisch verführe und dabei die Unterstützung des Reichstages fände, ist bei uns in absehbarer Zeit nicht zu befürchten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Rückzugskorrektur, die der Graf Ballestrem in seiner Ansprache an den Abgeordneten Rösicke im stenographischen Bericht vorgenommen, wird von dem Scharfmacherorgan, das aus dem bekannten Anlaß einen Konflikt mit dem Reichstage zu konstruiren beflissen ist, den „Berl. N. Nachr.", mit herablassendem Wohlwollen vermerkt. Die Korrektur wird als eine goldene Brücke bezeichnet. Ganz zu genügen scheint der Rückzug des Reichstags-Präsidenten dem Blatte noch nicht. Vielleicht, wenn der Reichstag wieder zusammentritt, verlangt das Scharfmacherorgan, daß sich der Präsident selbst nachträglich zur Ordnung ruft, oder sich von Herrn v. Frege zur Ordnung rufen läßt. Das wäre einmal etwas Neues und würde den Scharfmachern als eine unerhört „glänzende Genugthuung" gelten können.

Konflikt bei den Nationalliberalen. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat der nationalliberalen Fraktion des Reichstages ein Mißtrauensvotum ertheilt. Der Münchener „Agemeinen Zeitung" wird aus Berlin gemeldet: Die nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses bedauert, daß nicht die gesammte Reichstagsfraktion für Verweisung der Vorlage zum Schutz der Arbeitswilligen an eine Kommission gestimmt hat.

Der Streik der polnischen Bergarbeiter in Herne bei Bochum hat an Ausdehnung zugenommen. Insgesammt sollen Mittwoch 2700 Mann streiken. In einer Bergarbeiter-Versammlung, die am Sonntag in Dorstfeld tagte, um gegen die Zuchthausvorlage zu protestiren, wurde der am Tage zuvor ausgebrochene Ausstand zur Sprache gebracht. Der Bergarbeiter Schürholt erklärte, es sei Pflicht aller organisirten Bergleute, den Streik zu vermeiden, erstlich weil er aussichtslos sei und dann, weil man auf diese Art und Weise keine Verbesserung herbeiführe. Letztere könne nur dadurch erfolgen, daß man bei den Knappschaftswahlen geeignete Leute wähle. Schürholt schloß mit den Worten: „Arbeiten Sie um Gottes Willen weiter und seien Sie nicht unbesonnen." Die Versammlung stimmte dem Redner vollständig zu. Der Bergarbeiter Wächter sprach die Vermuthung aus, der Streik sei von Kapitalisten angezettelt worden und forderte dringend zum Eintritt in die Organisation auf, um mit deren Hülfe in geeigneter Weise gegen die Unterdrückung zu kämpfen. So anerkennenswerth das Verhalten der organisirten Bergleute ist, um so tadelnswerther ist dasjenige der Polizei. Diese hat nämlich den Arbeitern das einzige Mittel, das zur Beruhigung der unklaren Elemente dienen könnte, entzogen, indem sie drei auf den 27. Juni einberufene Versammlungen verbot! In Folge dessen ist die Aufregung und Verwirrung unter den polnischen Bergleuten nur noch gestiegen und der Boden für allerhand Ausschreitungen und Unruhen geebnet. — Der Landrath erließ eine Bekanntmachung, worin er mittheilt, eine Anzahl polnischer Arbeiter sei kontraktbrüchig geworden, die deutsch redenden Arbeiter auffordert, mit Ruhe an die Erledigung der Differenzen zu gehen und auf die berggesetzlichen und strafgesetzlichen Bestimmungen hinweist. — Die bürgerlichen Blätter, die mit einem wahren Heißhunger über die betrübenden Vorgänge in Herne herfallen, berichten, daß die Ausständigen auf einigen Zechen die Arbeitswilligen und die Polizei mit Steinwürfen bombardirten, worauf die Polizei scharf geschossen habe. — Wie der „Boch. Anz." meldet, haben die Stadtverordneten in Herne die Bildung einer Zechenschutzwehr in geheimer Sitzung beschlossen. — Nach einem Zusammenstoß der Ausständigen mit der Gensdarmerie in Herne am 27. Juni wurden nach einer Meldung der „Rhein. Westf. Ztg." fünfzehn schwerer Verletzte in die Krankenhäuser eingeliefert, von denen einer, wie von anderer Seite gemeldet wird, nach der Einlieferung gestorben sein soll. Der „Bochumer Anzeiger" meldet sogar, daß bei dem Zusammenstoß am 27. Juni drei Personen getödtet wurden. Zahlreiche Verwundete haben in Privathäusern Aufnahme gefunden. Das Blatt will wissen, daß insgesammt 36 Verhaftungen vorgenommen seien und daß Militär erwartet werde. — Die „Rheinisch-Westfälische Ztg." meldet weiter aus Herne: In einer Konferenz, welche Mittwoch unter der Leitung des Oberpräsidenten stattfand, wurde beschlossen, Militär zu berufen. Bei der Mittagsschicht wurden Angriffe auf Arbeitswillige durch die Polizei und Gensdarmerie mit blanker Waffe verhindert.

Wahlbeeinflussung von Amtswegen. Zu den verschiedenen Beschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten ist jetzt ein neuer Versuch gekommen, der sich in derselben Richtung bewegt und nichts weniger bezweckt, als einen Wahlzwang für die Beamten einzuführen. Unwidersprochen ist erzählt worden, daß das Erkenntniß des Oberverwaltungsgerichts in Sachen des Ortsvorstehers Schulze in Nahmitz, das die Pflichten der Beamten gegenüber der Sozialdemokratie „auch ohne Ausnahmegesetz" kennzeichnet, in dem die Bekämpfung der Sozialdemokratie betreffenden Theil von dem Minister der öffentlichen Arbeiten den ihm untergeordneten Beamten zur Beachtung empfohlen wird. Dazu geht nun der „Königsb. Hart. Ztg." aus Danzig die Meldung zu, daß den Beamten und Hilfsbeamten der dortigen Eisenbahndirektion die erwähnte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts mit dem Hinweise zur Kenntniß gebracht worden ist, „daß nach diesen Erwägungen des Oberverwaltungsgerichts eine Begünstigung der staatsfeindlichen Bestrebungen nicht nur in Ausübung bestimmter Handlungen, wie z. B. Zuwendung von Geldmitteln, Agitation für Gewinnung von Anhängern, Ausübung des Stimmrechts bei Wahlen von öffentlichem Interesse zu Gunsten der hier gekennzeichneten Partei, sondern auch in bewußter Unterlassung der für Bekämpfung solcher Bestrebungen möglichen und naheliegenden Handlungen, insbesondere also auch im geeigneten Falle in Enthaltung der Ausübung des Wahlrechts gefunden und demgemäß geahndet werden kann und wird." — „Wir sind der Ansicht", so bemerkt dazu das Königsberger Blatt, „daß man mit derartigen Erlassen weder den Beamten, noch der Regierung, sondern lediglich der Sozialdemokratie einen Dienst leistet. Man erzielt damit entweder Erbitterung oder Heuchelei. Gerade Beamte, die erst durch derartige Erlasse zur Erfüllung ihrer Pflichten als Beamte und Staatsbürger angehalten werden müssen, sind zu einer erfolgreichen Bekämpfung der Sozialdemokratie erfahrungsmäßig am wenigsten geeignet." Die Sache hat aber noch eine andere sehr ernste Seite. Wenn diese Ankündigung an die Beamten richtig wiedergegeben ist, so haben wir hier ein **ungesetzliches** Vorgehen der Verwaltungsbehörde vor uns, daß keinenfalls ungeahndet bleiben darf. Ein Wahlzwang darf gegen Niemand angewandt werden, weil er gesetzlich nicht besteht, und wo das unter Drohungen versucht wird, liegt ein schwerer Eingriff in die staatsbürgerliche Freiheit vor, der mit den Gesetzen nicht vereinbar ist. Wird der Eisenbahnminister für eine Ahndung dieser Ungesetzlichkeit Sorge tragen?

Wird bei uns noch regiert? So fragt in der „Nation" der preußische Landtagsabgeordnete Dr. Barth. Seine Zweifel beziehen sich sowohl auf das Reich wie auf Preußen und betreffen in ersterem die Zuchthausvorlage, in letzterem die Kanalvorlage. Nachdem er die Situation in der Kanalfrage geschildert, schreibt Dr. Barth:

„Während so in Preußen die Regierung sich einer vollständigen Meuterei der patentirten Regierungspartei gegenübersieht und ernstlich vor die Frage gestellt ist, ob sie diesem unerträglichen Zustande nicht durch die Auflösung des Abgeordnetenhauses ein Ende machen soll, bringt die Reichsregierung, bei der Preußen den entscheidenden Einfluß hat — ist doch der deutsche Reichskanzler zugleich preußischer Ministerpräsident — einen „Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses" ein — ohne zwingende Veranlassung, nur auf das Treiben einiger Scharfmacher hin, dicht vor dem Schlusse der Session — dem gegenüber sich ein Sturm des Unwillens nicht bloß unter den Sozialdemokraten, nicht bloß unter der Arbeiterbevölkerung, sondern sogar in Parteien erhebt, die, wie die nationalliberale, bisher stets eine gewisse Hineigung zu einer Ausnahmegesetzgebung gegenüber der Sozialdemokratie gezeigt haben. . . . Die einzigen Parteien, welche für diese Vorlage ein paar empfehlende Worte übrig hatten, sind die konservativen, die im preußischen Abgeordnetenhause das Hauptwerk der Regierung, die Kanalvorlage, mit allen Mitteln zu Falle zu bringen suchen. . . . . Gestützt auf solche Kräfte unternimmt es die Reichsregierung, einen Vorstoß gegen die Sozialdemokratie zu führen, dessen Vergeblichkeit die Anhängerschaft und das Selbstgefühl der Sozialdemokratie naturgemäß außerordentlich steigern muß. Die Niederlage, welche die Reichsregierung bei diesem Anlaß sich zuzieht, ist noch viel schlimmer als die Niederlage der verflossenen „Umsturzvorlage." Bei dieser fand die Reichsregierung doch noch einige Deckung in den Reihen der Nationalliberalen und in gewissem Sinne selbst bei dem Zentrum; aber hier ist sie so isolirt, daß sogar der Gedanke einer Auflösung des Reichstages gar nicht ernsthaft verfolgt werden kann. In jedem anderen Lande mit parlamentarischen Einrichtungen bliebe eine Regierung, die eine so blutige Niederlage erlitten hat, auch nicht 24 Stunden länger im Amte.

„Um ganz zu verstehen, in welcher Sackgasse sich die Regierung im Reiche und in Preußen angesichts der geschilderten Vorgänge befindet, mag man sich nur einmal vorstellen, es käme im Reiche wegen der Zurückweisung der „Zuchthausvorlage" und in Preußen wegen des Scheiterns der Kanalvorlage zu einer Auflösung beider Parlamente. Die Regierung müßte dann im Reiche allein mit den Konservativen gegen alle übrigen Parteien zu Felde ziehen, während sie in Preußen alle übrigen Parteien mobil machen müßte, um den Widerstand der fronbirenden Konservativen zu brechen. Die Situation wäre einfach grotesk, aber die Perspektive zeigt wenigstens deutlich, wohin die Regierung bei uns mit ihrer Politik von Fall zu Fall allmählich gelangt ist.

„Das Tohuwabohu erscheint noch größer, wenn man sich endlich vergegenwärtigt, daß bei den handelspolitischen Auseinandersetzungen mit fremden Mächten die Reichsregierung an dem konservativen Agrarierthum abermals ihren heftigsten Gegner findet, sobald sie den Weg besonnener Verständigung beschreitet. Die Erneuerung der Handelsverträge wird in den nächsten Jahren der Reichsregierung eine schwere Nuß aufzuknacken geben. Gelingt es ihr nicht, eine Erneuerung der Handelsverträge durchzusetzen, so werden die wirthschaftlichen Interessen Deutschlands erheblich verletzt; andererseits kann sie mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß die Agrarier sich einer rationellen Handelspolitik ebenso feindlich gegenüberstellen werden wie heute einer rationellen Kolonialpolitik.

„Nicht nur der unmittelbaren Gegenwart, sondern auch den sichtbaren Problemen der Zukunft gegenüber fehlt es daher bei der Regierung an jedem klarerkennbaren Regierungsprinzip, und die Frage, mit der wir diesen Artikel überschrieben haben: „Wird bei uns noch regiert?" erscheint im eigentlichen Sinne des Wortes berechtigt."

Die ausgesprochenen Zweifel daran, ob in Preußen-Deutschland überhaupt noch regiert werde, sind ja nicht erst seit heute oder gestern berechtigt. Aber in der That ist das niemals so drastisch in die Erscheinung getreten wie durch die neuesten erörterten Ereignisse.

Die militärischen Gesetzesverächter. Sonderbare Anschauungen über die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs hat das Generalkommando des achten Armeekorps, das in Sachen des Duells Döring-Klöwekorn an die „Köln. Ztg." ein Schreiben gerichtet hat, in dem bezüglich der angefochtenen Haltung des Ehrenrathes versichert wird, daß ein Ausgleich nach „solch schwerer, thätlicher Beleidigung" ausgeschlossen gewesen sei. Eine Sühne konnte nur unter schweren Bedingungen eintreten. (!!) Die Bedingungen wurden von Leutnant Döring, als dem einzig Zuständigen, gestellt. Beim dritten Kugelwechsel erhielt Klöwekorn einen Streifschuß leichtester Art, worauf dessen Sekundanten anmeldeten, daß sie nach dem nächsten Kugelwechsel einen Sühneversuch vorschlagen würden, welches Ansinnen von denen Dörings abgelehnt wurde. Beim fünften Kugelwechsel erhielt Klöwekorn den tödtlichen Schuß. — Es „konnte nur eine Sühne unter schweren Bedingungen eintreten". Etwas absolut Ungesetzliches und gegen das Strafgesetzbuch Verstoßendes wird hier als das einzig mögliche bezeichnet. Trotz alledem sind aber die Kreise, in denen solche Anschauungen herrschen, bei uns die staatserhaltenden.

Der Aufruhr in Kiautschou scheint ziemlich bedenklicher Natur zu sein, da zu seiner Unterdrückung weitere Truppensendungen für erforderlich erachtet worden sind. Wie aus Tsintau gemeldet wird, sind in Folge neuer ungünstiger Nachrichten aus dem Aufruhrgebiet weitere 120 Mann mit Geschützen nach Kaomi abgegangen. Hauptmann Mauwe ist in den dortigen Dörfern auf Widerstand gestoßen, den er mit Waffengewalt brechen mußte. Dabei wurden einige Chinesen getödtet. Beunruhigende Nachrichten werden auch über den Gesundheitszustand in der deutschen Kolonie verbreitet. Unter der chinesischen Bevölkerung herrscht eine Typhus-Epidemie (Rückfallfieber), auch sind mehrere Fälle von Flecktyphus konstatirt. Die deutsche Besatzung ist von der Krankheit zwar bisher noch verschont geblieben, doch ist die Gefahr der Uebertragung bei den mißlichen Wohnungs- und klimatischen Verhältnissen nicht gering. Es sind deshalb auch bereits Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Alle Militärlager sind gesperrt und die beim Gouvernement und in den Lägern beschäftigten Chinesen werden sorgfältig von dem Verkehr mit anderen Stammesgenossen ferngehalten. Die Kriegsschiffe, unter denen sich auch „Deutschland" mit dem Prinzen Heinrich an Bord befindet, haben sich eine freiwillige Quarantäne auferlegt und jeden Verkehr mit dem Lande unterbrochen. Nicht einmal Offiziere werden beurlaubt oder an Bord gelassen.

Kleine politische Nachrichten. Der Bundesrath hat am Mittwoch den Entwurf eines Hypothekenbankgesetzes sowie den Entwurf eines Invalidenversicherungsgesetzes in der vom Reichstag beschlossenen Fassung angenommen. — Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht das Gesetz betr. das Flaggenrecht der Kauffahrteischiffe. — Als einen großen Schritt vorwärts in der „Sozialpolitik zur See" hat der Kaiser in einem Telegramm an die Hamburg-Amerika-Linie die Mittheilung dieser Gesellschaft begrüßt, ihre sämmtlichen Schiffe mit einer Tiefladelinie zu versehen. Die Tiefladelinie ist eine Marke, welche anzeigt, wie tief ein Schiff beladen werden darf. In England ist die Anbringung einer solchen Marke gesetzlich vorgeschrieben; in Deutschland ist es dem Belieben des Rheders freigestellt, ob er ein solches Ladezeichen anbringen will. — Die Kanal-Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses lehnte mit 19 gegen 7 Stimmen den Antrag Lieber ab auf Einsetzung einer Subkommission zur Prüfung der vorliegenden Kompensationsforderungen. — In der koburgischen Thronfolgefrage ist, wie aus Gotha berichtet wird, die Entsendung des Staatsministers v. Strenge nach England erfolgreich gewesen. Die endgültige Entscheidung hängt ab von der Zustimmung des Herzogs Alfred. — Der spanische Botschafter in Berlin ist zum Bevollmächtigten für die Entgegennahme des Kaufpreises der Kolonien ernannt worden. — Dem Londoner „Standard" wird aus Johannisburg, 27. Juni, gemeldet, daß England die Insel Inyack am Eingange der Delagoa-Bay von Portugal erworben habe. — Der serbisch-türkische Grenzkrakehl beschäftigt noch fortgesetzt die beiderseitigen Behörden. In Folge der Nachrichten, daß die serbische Grenzverstärkung nicht gänzlich zurückgezogen worden sei, wurden von türkischer Seite zwei Bataillone an die Grenze vorgeschoben und die Division in Uesküb angewiesen, nöthigenfalls Grenzverstärkungen zu entsenden. Andererseits wurde dem Befehlshaber an der Grenze auf's Strengste aufgetragen, Provokationen durch die Albanesen sowie Verletzungen der serbischen Grenze zu verhindern. Der serbische Geschäftsträger theilte den Botschaftern mit, daß die Kommission zur Untersuchung des jüngsten Zwischenfalles festgestellt habe, daß von den Albanesen und den türkischen Truppen eine gröbliche Grenzverletzung begangen worden sei. — Leutnant Martin, der mit 31 Mann den befestigten Platz Baler auf den Philippinen gehalten hatte und von dort, trotz wiederholter Aufforderung des Generals Rios, nicht abrücken wollte, hat sich nunmehr den Filipinos ergeben, um auf diese Weise auf der Inselgruppe verbleiben zu können. Martin hofft zuversichtlich die Wiederaustreibung der Nordamerikaner von der Insel zu erleben und dürfte voraussichtlich mit seinen Getreuen bald an der Seite der Filipinos kämpfen.

Italien.

Die Deputirtenkammer nahm Mittwoch in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 138 Stimmen das Verlangen Pelloux' auf Verweisung des königlichen Dekrets an die Kommission für die politischen Maßnahmen unter der Bezeichnung Indemnitätsbill an. — Der Staatsstreich geht seiner Vollendung entgegen; sicherlich wird das Volk nicht müßig bleiben. Wer weiß, wie bald Humbert singen kann: Einst spielt' ich mit Szepter und Krone! — — —

Frankreich.

Zur Lage. Wie das Blatt „Petit bleu" berichtet, sagte Präsident Loubet einem Abgeordneten, der auf das im Umlauf befindliche Gerücht bezüglich eines etwaigen Rücktritts des Präsidenten anspielte: „Wenn man mir solche Absichten zumuthet, so kennt man mich schlecht. Ich bin ohne das geringste Vergnügen in das Elysee eingezogen, werde aber nicht zum Vergnügen Anderer von hier fortgehen." — Die von dem französischen Ministerium am Montag erzielte Kammermehrheit ist am Dienstag aus Anlaß des von Deroulede eingebrachten Antrags auf Verfassungsrevision wesentlich verstärkt worden. Diese Mehrheit wuchs von 263 auf 397 Stimmen. Allerdings befinden sich unter diesen viele zweifelhafte Elemente. Indessen war die Niederlage des Führers der Patriotenliga vollständig. — Die Regierung hat, um Störungen bis zur Erledigung des Dreyfusprozesses zu vermeiden, den Plan erwogen, die Deputirtenkammer zu vertagen. Die Ausführung dieses Planes aber stößt auf Schwierigkeiten. Dem „Siecle" zufolge weigert sich der Generalberichterstatter des Budgets, Pelletan, die Berichterstattung über die Vorlage bezüglich der indirekten Steuern zu übernehmen, um dadurch die von der Regierung geplante vorzeitige Schließung der Kammer zu verhindern. — Der Kriegsminister General Gallifet hat den dem Kriegsministerium zugetheilten Offizieren verboten, den Zeitungen irgend welche Mittheilungen zu machen. Die Offiziere mußten sich mittels Reverses verpflichten, dieser Weisung nachzukommen.

Zum Dreyfusprozeß. Ein Pariser Morgenblatt hatte erzählt, man habe Montag den General Mercier in das Haus eines Papierfabrikanten Marion treten sehen, der als Sachverständiger über das Papier des Bordereaus von dem Kassationshof vernommen wurde. Ein Mitarbeiter des „Temps" suchte Marion auf. Dieser bestätigte, daß General Mercier bei ihm gewesen sei. Mercier habe ihn über das Papier befragt und ihm gesagt, er unternehme auf eigene Faust eine Enquete über die Schuld Dreyfus', deren Resultate er vor dem Kriegsgericht in Rennes vorbringen wolle. — Kardinal Richard ertheilte dem Vikar von Notre Dame den Befehl, seine in Buchform erschienene Broschüre, in welcher allen Katholiken, welche an die Unschuld Dreyfus' glauben, die schwersten Kirchenstrafen angedroht werden, zurückzuziehen. — Die amtliche „Agence Havas" meldet: Das Kriegsgericht in Rennes ist zusammengesetzt aus dem Genieobersten Jouaust als Vorsitzenden, den Artillerie-Majoren Brougniart, de Bréon, Profillet, Merle, den Hauptleuten Parfait und Beauvais. — In Rennes wurden Maueranschläge, unterzeichnet von dem Leiter des „Soleil", an die Priester, Advokaten und an frühere Cavallerieoffiziere gerichtet, angeheftet. Sie enthalten einen Aufruf an das katholische Komitee von Rennes zur Vertheidigung des „Rechts". — Wie verlautet, wird der Kreuzer „Sfax" an der Küste kreuzen und erst in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag den an Bord befindlichen Dreyfus an's Land setzen.

Belgien.

Die Protestbewegung gegen das Wahlgesetz ist in vollem Gange. Einer sehr anschaulichen Brüsseler Korrespondenz der „Voss. Ztg." vom 26. Juni über die Protestbewegung der Sozialisten und die Vorsicht des Königs dieser gegenüber entnehmen wir folgende Mittheilungen: König Leopold war Sonntag früh eigens aus Ostende nach Brüssel gekommen, um die große Ausstellung der Zuchthengste Belgiens im Parc du Cinquantennaire zu besuchen. Es waren großartige Vorsichtsmaßregeln getroffen, um den König Leopold vor Kundgebungen zu schützen; in jenem Parke waren Gendarmerie und Polizei massenhaft versammelt. In jedem Polizei-Amte war ein Theil der Polizei konsignirt und fünfzig reitende Gendarmen standen im Stadtzirkus bereit. Der König traute aber dem Frieden nicht, blieb im Laekener Königsschlosse, betrat weder Brüssel noch die Ausstellung und entging damit den Kungebungen, die um so böser in dem zwischen dem Brüsseler Königsschlosse und dem Kammerpalaste belegenen Stadtparke ausbrachen. Der Park war, wie immer, von einer großen Menschenmenge besucht, die der Musikaufführung der Guidenkapelle lauschte. Gruppenweise waren Sozialisten aufgetaucht, rings um den Park herum waren gedruckte sozialistische Aufrufe zum energischen Widerstande gegen das Wahlgesetz vertheilt worden. Eben hatte die Kapelle ein Stück gespielt, da erschienen hunderte Sozialisten vor dem Kioske, stimmten die „Marseillaise" und „Carmagnole" an und riefen: „Nieder mit dem Papierkönige! Entlassung! Entlassung! Es lebe die Republik! Nieder mit den Betrügern! Nieder mit den Pfaffen! Die Gensdarmerie und Polizei, die von der Kundgebung Wind bekommen hatten, eilten in Massen in den Park hinein, schlossen die Hauptthore und trieben die Menschenmenge aus dem Parke hinaus. Zugleich wurde die neutrale Zone besetzt. Vor dem Parke standen ungeheure Menschenmassen. Nach einer Stunde wurden die Parkthore wieder geöffnet, die Musik begann aufs neue. Dieselben sozialistischen Kundgebungen! Jetzt aber wurde der Sozialist Bergmans von zwei Hünengestalten auf die Schulter gehoben und hielt eine zündende Ansprache an die Bürger Brüssels. „Wollt Ihr dulden, daß dieses neue Schandgesetz des Ministeriums durchgeht?" Ein tausendstimmiges Nein ertönte durch den Park. „Mütter, Eltern, schreibt Euren in der Armee stehenden Söhnen die wahre Lage und kämpft alle mit uns in den Straßen für unser Recht!" „Nieder mit dem Ministerium! Nieder mit den Pfaffen und Betrügern! Entlassung! Es lebe die Revolution! Es lebe das allgemeine Stimmrecht!" brauste es aus tausenden Kehlen. Die Polizei eilte hinzu, trieb abermals die Masse aus dem Park hinaus, und die Sozialisten zogen, circa 1000 Mann stark, die Marseillaise singend, nach dem Volkshause, in dem die heftigsten Reden gehalten wurden. Sozialist Elbers erklärte dabei, daß, wenn der König die Pferde-Ausstellung besucht hätte, ihm eine scharfe Kundgebung nicht erspart geblieben wäre, er muß „über sein Schweigen Rechenschaft dem Volke geben." In Lüttich und Verviers kam es Sonntag auch zu heftigen Kundgebungen. Der König ist noch Sonntag Morgen nach Ostende zurückgekehrt.

Die Kammersitzung verlief am Mittwoch zunächst ziemlich ruhig. Die Rechte und Linke tauschten scharfe Auseinandersetzungen wegen der Dienstag von der Quästur veranlaßten Sicherheitsmaßregeln aus. Schließlich, nachdem die hierauf bezügliche Tagesordnung der Sozialisten abgelehnt, während die Tagesordnung der Rechten, welche Vertrauen zur Wachsamkeit des Vorsitzenden aussprach, gegen die Stimmen der Sozialisten angenommen war, wurde von der Linken ein Höllenlärm in Szene gesetzt. Die Sozialisten pfiffen, schrien, bliesen auf Trompeten und drangen bis in die Mitte des Sitzungssaales vor. Der katholische Deputirte Guchtenacre, ein Arbeiter aus Gent, wurde durchgeprügelt. Die Saaldiener waren ohnmächtig dagegen und wurden im allgemeinen Handgemenge hin- und hergestoßen. Minister van den Peereboom, welcher ruhig auf der Ministerbank verblieb, wurde mit Beleidigungen überschüttet, Mörder genannt und als Ursache alles Uebels angeklagt. Der Präsident hob die Sitzung inmitten eines unbeschreiblichen Durcheinanders auf. Soldaten räumten die öffentlichen Tribünen.

Allgemeiner Ausstand der Brüsseler Arbeiter. Der Vorstand der Brüsseler Vereinigung der Arbeiterpartei hielt Dienstag Abend eine geheime Sitzung ab. Der Vorstand beschloß den allgemeinen Ausstand der Brüsseler Arbeiter, um auf diese Weise die Bewegung gegen die Wahlgesetzvorlage der Regierung zu vergrößern. Der Ausstand soll am Tage des Beginns der Berathung über das Wahlgesetz am 5. Juli anfangen. In der Sitzung gaben mehrere Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiter der Provinz sich der Bewegung anschließen würden. Die Regierung hat in Folge dessen die Bürgergarde einberufen.

In Brüssel fanden Dienstag Abend in den Vororten zehn verschiedene Protestversammlungen gegen die Wahlvorlage statt. Ueberall war der Zudrang des Publikums ein sehr starker. Nach Beendigung der Versammlungen durchzogen die Kundgeber die Straßen unter den Rufen: Es lebe die Republik! Eine Anzahl Kundgeber begab sich nach dem Volkshause, wo Genosse van der Velde eine Ansprache hielt.

Spanien.

Zur Lage wird der „Frankf. Ztg." aus Madrid gemeldet: Ministerpräsident Silvela erklärte im Parlament, er sei entschlossen, die von ihm als richtig erkannten Ideen mit größter Energie durchzuführen. Die patriotisch gesinnten Abgeordneten wünschen, daß sich das Land um jeden Preis aus der jetzigen bedenklichen Lage herausarbeite. Sagasta erklärte, das Heer müsse auf 60 000 Mann herabgesetzt, der hohe Klerus geschmälert, der niedere aufgebessert werden. Allgemein herrscht eine sehr trübe Stimmung. — Die Meldungen aus den Provinzen lauten immer beunruhigender. Die blutigen Straßenkundgebungen erneuerten sich in verschiedenen Städten. In Saragossa haben die Truppen, als sie angegriffen wurden, sogar geschossen, wobei eine Person getödtet und zwei verwundet wurden. 30 Personen wurden verhaftet. Der Polizeipräfekt hat demissionirt.

Die diesjährigen Bürgerschaftswahlen.

I.

A. K. Daß die Wahlen zur lübschen Bürgerschaft komplizirt seien, wie etwa die zum preußischen Junkerparlamente, kann man nicht behaupten, aber langweilig und umständlich sind sie im höchsten Grade. Dafür sorgt schon die schnurrige Einrichtung, daß in jedem Bezirk an einem besonderen Tage gewählt wird, eine Einrichtung, die zu thörichten Streichen in letzter Stunde geradezu herausfordert und bisher immer dazu ausgenutzt worden ist.

Man hat dem Ergebniß der diesjährigen Wahlen mit einer gewissen Spannung entgegengesehen. Der von der hiesigen freisinnigen Partei in's Leben gerufene Bürgerrechtsverein hatte im Jahre 1897 einen starken Stimmenzuwachs erzielt und war in einigen Bezirken in bedrohliche Nähe des Vaterstädtischen Vereins gekommen, er setzte späterhin seine Agitation rege fort und glaubte mit absoluter Bestimmtheit, diesmal einen greifbaren Erfolg zu erzielen. Freilich, wer die Grundlagen der Macht der nationalliberalen Partei, die große Zahl der abhängigen, jedem selbständigen Denken entwöhnten Beamten, der politisch indolenten und mit dem großen Haufen laufenden Geschäftsleute u. s. w. kennt, der sagte sich von vorneherein, daß die Wahlziffern von 1897 ein total falsches Bild der thatsächlichen Machtverhältnisse der in Betracht kommenden Parteien abgeben. Wer die Wählerlisten aufmerksam studirt, muß offen zugeben, daß einstweilen noch der Vaterstädtische Verein in allen Bezirken die Majorität besitzt. Geblendet hat Manchen das Ergebniß im Jacobiquartier (1897). Es beruhte aber, wie wir schon anderweitig erklärten, auf der Sorglosigkeit der an leichte Siege gewöhnten Nationalliberalen, zumal s. Zt. dort die erste städtische Wahl stattfand. Der vorige Freitag hat das richtige Resultat ergeben.

In diesem Jahre hat der über eine gute Organisation verfügende nationalliberale Klüngel gezeigt, daß er das Heft in den Händen hat und mit seiner Achtundzwanzig-Mark-Menschen-Majorität seine Gegner zu erdrücken vermag. Er bot Alles auf, machte den letzten Mann mobil und behauptete mit Leichtigkeit das Terrain. Daß man aber in jenen Kreisen die eigenen Kräfte unterschätzte, daß man mit einer gewissen Bellommenheit das Wirken der Bürgerrechtsvereinler beobachtete und deswegen unliebsamen Ueberraschungen vorzubeugen suchte, beweist der Umstand, daß man vier Hauptthähne der Freisinnigen in die eigenen Listen übernahm. Das war der kluge Schachzug, mit dem man die Cadres der Papisten sprengte, Verwirrung in deren Reihen trug und, wenn nicht alle Zeichen trügen, die Auflösung der unseligen Schöpfung erzwang.

Denn keinen anderen Eindruck kann man gewinnen, wenn man die ebenso gründliche, wie bemitleidenswerthe Niederlage der Bürgerrechtsvereinler betrachtet. Das hatte in ihren Reihen Niemand erwartet, obwohl wir es ihnen oft prophezeit, im eigenen Vaterlande aber natürlich keinen Glauben gefunden hatten. Das Fiasko ist zunächst begründet in dem ganzen Charakter und der Zusammensetzung der Gesellschaft, die sich im Verein mit dem abgekürzten Namen zusammengefunden hat. Wir betonten schon häufig, daß in Lübeck von einer freisinnigen Partei als einer geschlossenen Gruppe nicht die Rede sein kann. Sie besteht aus einem Häuflein mundfertiger Raisonneure, um die sich ein paar Hundert politisch Harmlose scharen, die ebenso leicht morgen auf Ahlwardt schwören, wie heute auf August Pape. Von Prinzipienfestigkeit, von Programm, von Parteidisziplin ist da keine Rede; Jeder hat seinen Dickkopf für sich, und die private Laune, der persönliche Eigensinn gehen über die Sache. Aus denselben Kreisen heraus ging die Anregung zur Schaffung des Monstrums, das sich Bürgerrechtsverein benamsete, nachdem es jahrelang mit einem vernunftwidrigen Bandwurmtitel der Oeffentlichkeit Gelegenheit zu guten und schlechten Späßen gegeben hatte. Daß dabei nichts Ersprießliches erstehen konnte, liegt auf der flachen Hand. Wenn man den Ursachen der sozialdemokratischen Erfolge nachgeht, findet man auch die Ursachen der Mißerfolge des Bürgerrechtsvereins. Er hätte unter Umständen noch respektable Ergebnisse erzielen können, wenn er konsequent gehandelt, wenn er, statt Schachergeschäfte mit dem geschäftsschlauen „Alten" zu betreiben, sich auf eigene Füße gestellt, reine Listen präsentirt hätte. Doch davon keine Rede! Die leitenden Personen — einige, wie wir später zeigen werden, ausgenommen — waren geradezu mit Blindheit geschlagen. Das kömmt aber davon. Das kann sich nicht trennen von der anderen Korporation, mit der es innerlich zusammenhängt, weil es im Grunde ein und dasselbe ist. Wenn's ernst wird, ist Krapülinski und Waschlappski fertig, — eine L . . . und eine Seele. Doch wir wollen nicht ungerecht sein. Das Verderben des Bürgerrechtsvereins waren seine Wortführer. Daß den Pape, Heise und Konsorten die eigene Person mehr am Herzen lag, als die Sache, daß sie den Verein nur als Keil betrachteten, der ihnen den Platz freizumachen hatte in der Bürgerschaft, weiß jeder halbwegs Einsichtige. Leuten, die im politischen Leben schon so unlautere Waffen benutzt haben, wie die beiden Obengenannten, ist Alles zuzutrauen. Sie sitzen jetzt für sechs Jahre fest und werden sich in dieser Zeit sicher zur Genüge „acclimatisiren", der freisinnige Radaupolitiker sowohl, wie der freisinnige Byzantinist, welcher als Blüthe des lübschen Journalismus das Parlament zieren wird, leider nicht Arm in Arm mit dem vielgewandelten Dahms, den alle Schliche nicht vor dem Reinfall zu schützen vermochten, dem das „reine Gewissen" entging. Diese und ähnliche Gestalten haben einen geradezu schmählichen Verrath an dem Vereine geübt, der ihnen zu einer gewissen Bedeutung verhalf, geübt um schnöder persönlicher Interessen willen. Das sprechen wir, obwohl entschiedene Gegner des bürgerrechtsvereinlichen Unfugs, offen aus, weil es wahr ist.

Im Uebrigen hat sich am Bürgerrechtsverein bewahrheitet, was sich an der hiesigen freisinnigen Partei bewahrheitete: Lächerlichkeit tödtet. Und wo sich zur Lächerlichkeit noch Gesinnungs- und Gewissenlosigkeit gesellen, da ist ein Resultat, wie wir es erlebten, unvermeidlich.

Lübeck und Nachbargebiete.

29. Juni.

Parteilitteratur. Unter dem Titel: Die Zuchthausvorlage vor dem Deutschen Reichstage gelangt am Sonnabend die Schrift zur Ausgabe, welche die stenographischen Berichte über die Reichstagsverhandlungen enthält. Es ist ein stattliches Buch geworden von rund 200 Seiten groß Oktav, trotz seines Umfangs ist der Preis nur auf 25 Pf. (Porto 10 Pf.) festgesetzt worden. Vereine, Gewerkschaften und Vertrauensleute, die größere Partien zu Agitationszwecken beziehen, erhalten die Schrift zum Selbstkostenpreis. Von der bekannten Stelle, welche zur Wahlzeit die berüchtigten Schwindelflugblätter gegen unsere Partei in Millionen von Exemplaren hinausgeworfen hat, werden jetzt aus der famosen Denkschrift zur Zuchthausvorlage auf dem Lande Auszüge in Flugblattform verbreitet, unsere Genossen haben daher durch Verbreitung obiger Schrift die beste Gelegenheit, den Lügen und Entstellungen der Gegner in Presse usw., mit dem Gegenbeweis zu dienen.

Dem Reichshamster, dem verstorbenen Exheros, ist nach Ansicht der „Lüb. Anz." die deutsche Arbeiterschaft zu Dankbarkeit verpflichtet, ihm, der die Millionen von Sozialdemokraten wie Ratten vertilgt wissen wollte. Das wäre nach ihrer Ansicht besser, als daß die Arbeiter „mit ihren Spargroschen Menschen füttern, die den Mann, dem die Arbeiterschaft Unendliches" — z. B. Sozialistengesetz, indirekte Steuern, Liebesgaben für Junker u. s. w. — „verdankt, mit Koth bewerfen." — Wir präsentiren diese ergötzliche Leistung eines am Reptilientroge sitzenden Schweinburg unseren Lesern zur Beurtheilung. Werden sie sich nicht endlich mit Abscheu von uns wenden??

= **Arbeiterrisiko.** Auf dem Holzplatze der Firma Rehder u. Co. auf der Wallhalbinsel gerieth gestern Nachmittag der in der Reiferstraße wohnende, 28 Jahre alte Arbeiter Blöß unter einen stürzenden Bretterstapel. Hierbei wurden dem Bedauernswerthen beide Beine derart verletzt, daß bestimmt eines, wenn nicht beide, amputirt werden müssen. Der Unfall ereignete sich auf einem Eisenbahnwagen. B. ist in das Allgemeine Krankenhaus geschafft worden.

= **Ein Opfer der Unvorsichtigkeit.** Bei Abfahrt des 5 Uhr 15 Min. Nachmittags nach Stettin abgehenden Zuges versuchte ein Mann noch im letzten Augenblick, als die Wagen schon im Rollen waren, aufzuspringen, trat fehl, fiel auf die Schienen und wurde überfahren. Die Räder gingen ihm über die Brust und tödteten ihn auf der Stelle. Durch den Fall hatte er auch einen Genickbruch erlitten. — Wie amtlich festgestellt ist, handelt es sich um einen nach mehrjährigem Aufenthalt in Natal (Südafrika) in seine Heimath Neustrelitz heimkehrenden Schlachter Namens Schmidt.

Das Waisenkinderfest erfreute sich in Folge der herrlichen Witterung eines kolossalen Besuches. Zeitweilig herrschte ein unheimliches Menschengewühl.

Der Bürgerausschuß erledigte gestern eine außerordentlich umfangreiche Tagesordnung, die wir morgen eingehender besprechen werden. Erwähnt sei, daß vom Wortführer mitgetheilt wurde, „ihm habe E. Pülschen im Namen eines sogenannten Bahnhofskomités die Abschrift einer an den Senat gerichteten Eingabe hiesiger Einwohner, betr. den Umbau des Bahnhofes, mit der Bitte überreicht, diese Eingabe bei den Verhandlungen über die Neugestaltung der Bahnhofsverhältnisse im Bürgerausschusse zur Verlesung zu bringen." — Die Eingabe wurde zu den Akten genommen.

Endlich! Seit Dienstag ist an der Drehbrücke ein ständiger Schutzmannsposten eingerichtet worden. Die fortgesetzten Beschwerden haben also anscheinend bewirkt, daß ein langgehegter Wunsch aller Bewohner jenes Viertels in Erfüllung ging.

pb. **In Haft** gerieth ein Mechaniker, welcher in mehreren Geschäften beim Wechseln von Geldstücken versuchte, Schwindeleien zu machen.

pb. **Zur Anzeige gebracht** sind mehrere Schuljungen, welche in der Lachswehr-Allee die eiserne Blattverzierung der Einfriedigung eines Gartens muthwillig zerstört haben sollen.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 16. bis 23. Juni 1899 folgende Seeschäden gemeldet worden: Total-Verluste 11, davon 4 Dampfer und 7 Segelschiffe, 134 Beschädigungen, davon 100 Dampfer und 34 Segelschiffe, zusammen 145.

Erinnerung an Hammonia.

Waisenkinder, zwei und zwei,
Wallen fromm und froh vorbei,
Tragen alle blaue Röckchen,
Haben alle rothe Bäckchen —
O, die hübschen Waisenkinder!

Jeder sieht sie an gerührt,
Und die Büchse klingelirt;
Von geheimen Vaterhänden
Fließen ihnen reiche Spenden —
O, die hübschen Waisenkinder!

Frauen, die gefühlvoll sind,
Küssen manchem armen Kind
Sein Rotznäschen und sein Schnittchen,
Schenken ihm ein Zuckerdütchen —
O, die hübschen Waisenkinder!

Schmulchen wirft verschämten Blicks
Einen Thaler in die Büchs —
Denn er hat ein Herz — und heiter
Schleppt er seinen Zwerchsack weiter.
O, die hübschen Waisenkinder!

Einen goldnen Louis'dor
Giebt ein frommer Herr; zuvor
Guckt er in die Himmelshöhe,
Ob der liebe Gott ihn sähe?
O, die hübschen Waisenkinder!

Vor dem Thor, auf grünem Feld,
Rauscht Musik im hohen Zelt,
Das bewimpelt und beflittert;
Dorten werden abgefüttert
Diese hübschen Waisenkinder.

Sitzen dort in langer Reih',
Schmausen gütlich süßen Brei,
Torten, Kuchen, leckre Speischen,
Und sie knuspern wie die Mäuschen,
Diese hübschen Waisenkinder.

Leider kommt mir in den Sinn
Jetzt ein Waisenhaus, worin
Kein so lebliches Gastiren;
Gar elendig lamentiren
Dort Millionen Waisenkinder.

Die Montur ist nicht egal,
Manchem fehlt das Abendmahl,
Keiner geht dort mit dem andern,
Einsam, kummervoll dort wandern
Viel Millionen Waisenkinder.

Heinrich Heine. 1854.

Quittung.

Für die ausgesperrten Dänen gingen ein:

Bisher quittirt	1165,65 Mk.
M.	3,— Mk.
Summa	1168,65 Mk.
Davon bisher abgesandt	1133,50 Mk.
Bleibt Bestand	55,15 Mk.

Weitere Gelder nimmt entgegen:
Redaktion des „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 50.

Viehmarkt.

Hamburg, 28. Juni.

Der Schweinehandel verlief mittelmäßig.
Zugeführt wurden 400 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 46—48 Mk., leichte 49—50 Mk., Sauen 38—40 Mk. und Ferkel 47—49 Mk. pr. 100 Pfd.

Tabak u. Cigarren

Nordhäuser Rolltabak
Von Grimm & Triepel und Von Kneiff.
Cigarretten. Pfeifen. Spazierstöcke.

C. Wittfoot
Hüxstraße 18

Gesucht zum 1. Octbr. eine Wohnung
im Pr. von 200—220 Mk. vor'm Holstenth. für ruh. Leute ohne Kinder. Off. u. U 92 an die Exped.

Gesucht zum 1. October 3000 Mark
erstes Pfandgeld, Brandkasse 7200 Mk. Angebote unter H 100 an die Exped. d. Bl.

Gesucht eine Wohnung
in der Nähe Burgthor von jungen Leuten. Offert. unter L 97 an die Exped. d. Bl.

Rollfuhrwerk (einspännig)
zu vermiethen Dornestraße 17 a.

Eine Badewanne und Heckbauer
billig zu kaufen gesucht. Offerten unter H B an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen ein Sopha billig
Hartengrube 50, 1. Et.

Folkers'
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25
empfiehlt
gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Holst. Bruchkäse
bei
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
Fischergrube 61.

Prima dauerhafte Preeß-Arbeitsschuhe u. -Stiefel und aller Art sonst. Schuhwaaren für Kinder, Damen, Herren. Filzpantoffeln, Turnschuhe empfiehlt in nur reeller Qualität billigst **Rud. Kracht, Kateb. Allee 40.**
Colonial-, Spirituosen-, Manufact.-, Garderob.-, Schuhwaaren-Handlung von
Rud. Kracht, Lübeck, Katzeb. Allee 40.
Kinder-Stiefel, Stiefel, Schuhe, Gamaschen, Stiefeln u. s. w. empfiehlt billigst, eben auch nach Maaß, eleg. Blaustiefel u. Bummelstiefel, Arbeitsgarderobe aller Art.

Morgen Freitag:
Ausstoss
von
ff. Adler-Bier.

Recknagel's Restaurant
Geniner Straße 30.
Am Sonntag den 2. und Montag den 3. Juli:
Großes Vogelschießen
mit Musik-Unterhaltung.
Die Gewinne bestehen in Silberzeug nebst Prämien.
Königsschuß: Eine goldene Herren-Anker-Uhr.
Anfang des Schiessens an beiden Tagen Nachmittags 4 Uhr.
Um zahlreiche Betheiligung bittet
Ergebenst
A. Recknagel.

Kl. Haus in der Stadt mit 2 Wohnungen u. Hof mit ca. 1000 Mk. Anzahlung für 4500 Mk. zu verkaufen
Gr. Burgstraße 44, 2. Et.

Zum Volksfest liefere ich **Guirlanden**
von 10 Pfg. bis 15 Pfg.
R. Gäde, Untertrave 26/18.

Achtung!
Lastadiearbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 30. Juni
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Das Coalitionsrecht und seine Bedeutung. Referent: Th. Bartels.
3. Fragekasten und Verschiedenes.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Um Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Hansa-Halle.
Inh.: Hümöller.
Verband der Schmiede
Sonntag den 2. Juli d. Js.
Nachmittags 4 Uhr präcise:
Gr. Sommervergnügen
verbunden mit
Concert, Ball, Scheibenschießen, Taubenwerfen und Kinderbelustigungen 2c.
Entree 60 Pfg., wofür eine Dame frei.
Ende 2 Uhr Morgens.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Das Comitee.

Beginn der diesjährigen tägl. Fahrten des Dampfers „Pollux" nach Travemünde
am Freitag den 30. Juni.
Ab Travenpavillon 2.00 Nachm., Strucksfähre 2.10. Fahrpreis einfach 50 Pfg., Rückfahrt 70 Pfg., Kinder die Hälfte.
C. H. Petersen.

Tivoli-Theater.
Freitag den 30. Juni.
Benefiz für Herrn Felix Seidel.
Gewonnene Herzen
oder:
Aus Deutschlands großer Zeit.
Volksstück mit Gesang in 3 Abth. von Müller.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 150. Freitag, den 30. Juni 1899. 6. Jahrgang.

Die Scharfmacher an der Arbeit.

Die südwestdeutschen Möbelfabrikanten haben dieser Tage in der Stuttgarter Liederhalle einen Verband ins Leben gerufen, dessen Statuten eine üppige Blüthe des Zuchthauskurses genannt werden müssen.

Der Sitz des Verbandes ist in Stuttgart. Aus dem Statut, das sich die Herren zugelegt haben, theilen wir nach der „Schwäbischen Tagwacht" die wichtigsten Bestimmungen mit:

§ 2. Der Verband stellt sich die Aufgabe:

a) Die wirthschaftlichen Interessen der Holzindustriellen zu wahren. b) In Streitfragen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Ausgleich anzustreben und womöglich eine beide Theile befriedigende Vermittlung herbeizuführen. c) Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben und zu diesem Zweck geplante Ausstände gemeinsam abzuwehren und in ihren Folgen unschädlich zu machen. d) Einheitliches Handeln in allen Fragen, welche für das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter von grundsätzlicher Bedeutung sind, z. B. Maximalarbeitstage, Minimallohn, Abschaffung der Akkordarbeit, Arbeiterfeiertage, Arbeitsordnungen u. s. w.

§ 3. Als Mitglied des Verbandes kann jeder selbstständige Gewerbetreibende der Holzindustrie in den genannten Ländern (Württemberg, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen) aufgenommen werden, sofern er unbescholten ist und das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat.

§ 5. Der Austritt aus dem Verband kann nach ordnungsmäßiger Anzeige je am Schlusse eines Kalenderjahres erfolgen, erstmals am 31. Dezember 1900.

Die Anzeige ist ordnungsmäßig, wenn sie spätestens am 30. September dem Vorstand durch eingeschriebenen Brief erstattet worden ist.

§ 12. Bei Abstimmung hat ein Mitglied mit

1—10	Arbeitern	1	Stimme
11—25	„	2	„
26—50	„	3	„
51—100	„	4	„
101—200	„	5	„
201—350	„	6	„
351—500	„	7	„
über 500	„	8	„

(einschl. Beamten und Lehrlingen.)

§ 22. In allen das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreffenden Angelegenheiten haben sich die Mitglieder des Verbandes nach dem Grundsatz zu richten, daß jedes einzelne Mitglied des Verbandes stets nur mit seinen eigenen Arbeitern oder mit einem von diesen selbst aus ihrer Mitte gewählten Ausschuß zu verhandeln hat, daß dagegen Verhandlungen mit irgend welchen nicht zu der eigenen Arbeiterschaft gehörenden Mittelpersonen abzulehnen sind. Sollten derartige Verhandlungen erforderlich werden, so werden sie ausschließlich durch den Verbandsvorstand geführt. Desgleichen ist die Vertretung der Verbandsinteressen in der Oeffentlichkeit ausschließlich Sache des Ausschusses und sollen sich die einzelnen Verbandsmitglieder aller Kundgebungen in den Tagsblättern und dergleichen enthalten, soweit sie nicht ausnahmsweise vom Vorstand hierzu ermächtigt sind.

§ 24. Wird in einer Verbandswerkstätte von Seiten der Arbeiter ein Ausstand oder eine Sperre erklärt, so ist dem Vorstand sofort Mittheilung zu machen. Dieser soll alsdann baldigst eine Untersuchung einleiten, welche klarstellt, ob und inwieweit den Arbeitgeber ein Verschulden trifft. Alsdann hat der Vorstand eine Sitzung des Ausschusses einzuberufen. Der betreffende Arbeitgeber ist berechtigt, den Sitzungen des Ausschusses der Regel nach beizuwohnen, jedoch ist der Vorstand befugt, auch Sitzungen ohne dessen Zuziehung abzuhalten oder ihn zeitweise entfernen zu lassen. Ist der betheiligte Arbeitgeber selbst Mitglied des Ausschusses, so steht ihm bei der Beschlußfassung kein Stimmrecht zu.

Falls der Ausschuß beschließt, daß der Fabrikant den Forderungen der Arbeiter ganz oder theilweise nachgeben soll, so ist das Nähere hierüber festzusetzen und der Fabrikant verpflichtet, diesen Beschluß durchzuführen und die beschlossene Bewilligung der gestellten Forderungen der Arbeiter durch Anschlag zur Kenntniß der Letzteren zu bringen.

Erklärt der Ausschuß den Streik für nicht berechtigt, so hat der Vorstand das Verzeichniß der betheiligten Arbeitnehmer sofort sämmtlichen Verbandsmitgliedern mitzutheilen. Nach erfolgter Mittheilung darf kein Verbandsmitglied einen streikenden Arbeiter in seinem Betrieb beschäftigen und muß einen aus Versehen eingestellten Arbeiter alsbald wieder entlassen und zwar so lange, bis von dem Vorstand bekannt gemacht wird, daß einer Beschäftigung der betheiligten Arbeiter bei den Mitgliedern des Verbandes nichts mehr im Wege steht.

Findet eine Beilegung des Ausstandes nicht statt, so hat der Vorstand das Recht, die in der nothleidenden Fabrik vorliegenden Aufträge auf die übrigen Fabriken zu vertheilen, während Letztere verpflichtet sind, dieselben mit gleicher Sorgfalt wie ihre eigenen Aufträge auszuführen, soweit dies nach der Natur der Sache ohne besondere Schwierigkeit oder Benachtheiligung des eigenen Betriebes geschehen kann.

Sollten die Arbeitnehmer derjenigen Firma, welcher die Ausführung der Arbeit übertragen worden ist, sich weigern, die Arbeit auszuführen, so sind dieselben zu entlassen. Eine weitergehende Unterstützung einzelner durch die erwähnten Ereignisse betroffener Betriebe, sei es durch Geldunterstützung, sei es in anderer Weise, kann durch die Verbandsversammlung und in dringenden Fällen durch den Ausschuß beschlossen werden.

Ein Rechtsanspruch auf die in gegenwärtigem Paragraphen in Aussicht gestellte Beihilfe steht den einzelnen Verbandsmitgliedern nicht zu.

§ 26. Bei Zuwiderhandlungen hat der Ausschuß eine Konventionalstrafe in Höhe von 20 Mk. bis 5000 Mark zu verhängen. . . ."

Am besten aber nimmt sich offenbar § 24 aus, der reinste Hohn auf die Zuchthausvorlage. Arbeiter, die mit ihren Fabrikanten in Frieden leben, die vielleicht hunderte von Kilometern vom Kampfort entfernt domiziliren, sollen ausgesperrt, also an freiwilliger Arbeit gehindert werden, wenn sie nicht bereit sind, ihren eigenen Kollegen gegenüber die Verräther zu machen. Eine Handlung, die in viel milder gelegenen Fällen schon dutzend- und hundertfach von Staatsanwälten zum Gegenstand der Anklage gemacht und derenthalben auch schon oft schwere Strafen ausgesprochen wurden, wird hier komplottmäßig vorbereitet und organisirt. Kein Staatsanwalt rührt sich. Hat Lieber Unrecht, wenn er von einer „himmelschreienden Parteilichkeit" der deutschen Rechtsprechung redet?

Ein Gutes wird diese Gründung hoffentlich haben: auch der gedankenfaulste Arbeiter wird durch sie gezwungen, seinen organisirten Arbeits- und Leidensgenossen sich anzuschließen und so den Kampf gegen die Gewaltmenschen aufzunehmen. Die grenzenloseste Herrschsucht spricht aus dem Statut und der Arbeiter, der nicht der sklavischen Unterwürfigkeit vollständig verfallen will, ist gehalten, sich endlich seiner Pflicht zu erinnern und seiner Haut zu wehren. Und das wird er thun.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Berliner Bauarbeiter (Hülfsarbeiter) beschlossen in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung, dem Arbeitgeberbund im Maurer- und Zimmerergewerbe einen Lohntarif zu unterbreiten und den Bund zu ersuchen, daß er bis zum Montag, 3. Juli, darauf antwortet. Bei Ablehnung der Forderung soll erforderlichenfalls die Arbeit niedergelegt werden. — Die Schmiede in Magdeburg befinden sich in einer Lohnbewegung. Da die dortigen Schmiedemeister in auswärtigen Blättern Gesellen suchen, so sei hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß die Meister die ganz bescheidenen Forderungen der Gesellen rundweg abgelehnt haben und daß der Streik nach Ablauf der Kündigungsfrist am 3. Juli beginnt. — Die Bergarbeiter der Grube „Neue Hoffnung" in Pömmelte (Regierungsbezirk Magdeburg) legten sämmtlich die Arbeit nieder, weil eine von ihnen gewählte Lohnkommission, die mit der Verwaltung wegen Erhöhung der Löhne verhandeln wollte, ohne Weiteres entlassen wurde. — Ein Streik der Bau- und Zimmerleute ist in Elberfeld-Barmen ausgebrochen. Da die Meister die gestellten Forderungen nicht bewilligten, wurde beschlossen, sofort mit der vierzehntägigen Kündigung zu antworten. In diesem Sommer herrscht im Wupperthale eine ungemein lebhafte Bauthätigkeit. — Die Maurer- und Zimmerleute in Krotoschin haben die Arbeit eingestellt, weil der geforderte Stundenlohn, 30 Pf., von den Arbeitgebern nicht bewilligt wurde. — Wegen Tarifstreitigkeiten streiken die Steinhauer in Zürich. Die Zahl der Ausständischen beträgt gegen 500.

Ein häßliches Zeichen der Zeit. Die Zahl der in Dresden außerhalb der Schulzeit gegen Lohn beschäftigten Schulkinder betrug nach angestellten statistischen Erhebungen im Jahre 1895 etwa 3500. Diese bereits hohe Ziffer war im Jahre 1898, nach einer Veröffentlichung im soeben ausgegebenen neuesten Heft der „Mittheilungen des statistischen Amtes der Stadt Dresden", auf 5772 gestiegen. Die Vermehrung ist eine ganz enorme. Von den 5772 Kindern wurden nahezu 900 bereits des Morgens zwischen 5—6 Uhr und von ihnen 190 Kinder vor 5 Uhr beschäftigt. Manche Kinder müssen bis nach 11 Uhr Abends gewerblich arbeiten; 228 Kinder waren sieben und 24 gar erst sechs Jahre alt! — Es wird hohe Zeit, daß endlich ein Reichsgesetz geschaffen wird, welches jegliche Kinderarbeit verbietet.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Amtliches Deutsch. Die „Königsberger Allg. Ztg." schreibt: Vor gar nicht langer Zeit forderte das Bezirkskommando zu B. von einem Gemeindevorsteher des Kreises Pr. Eylau Bericht darüber, ob die Eltern einer Militärperson noch lebten. Darauf erging folgender Bescheid: „Die Eltern sind verstorben, hauptsächlich aber der Vater. Ob die Mutter noch lebt, kann diesseits nicht angegeben werden, eventuell ist dieselbe anzufragen. — Sonntag Nacht 2 Uhr brach auf der Werft der „Schiffsbau-Aktien-Gesellschaft „Oderwerke" in Grabow a. Oder ein Schadenfeuer aus, welches nach zweistündiger angestrengter Thätigkeit der Grabower-, Bredower- und der eigenen Werft-Feuerwehr gelöscht wurde. Es wurde ein größerer Schuppen mit Materialien eingeäschert. Die Höhe des Schadens, welcher durch Versicherung gedeckt ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Menschen sind bei dem Brande nicht umgekommen. — Wie „Boezmanns Telegraphisches Bureau" erfährt, wird der von der Firma F. Schichau in Elbing erbaute Schnelldampfer „Kaiser Friedrich" vom Norddeutschen Lloyd nicht angenommen werden, da das Schiff die kontraktmäßig vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllt hat. Das Schiff wird nach der Rückkehr von seiner jetzigen Reise dem Erbauer zurückgegeben werden. Die fahrplanmäßigen Reisen des Dampfers werden vom Dampfer „Prinz-Regent Luitpold" sowie den Schnelldampfern „Kaiser Wilhelm II." und „Trave" ausgeführt

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(57. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Das Ereigniß erregte ungeheures Aufsehen im Lande; was der Druck von Jahrhunderten nicht bewirkt, hatte die Milde eines echten Priesters in zwei Jahren vollbracht. Nur die Wenigen, welche Sanecki genauer kannten, wunderten sich nicht, sondern fanden nur ihre Voraussage bestätigt, daß dieser merkwürdige, eben so hochbegabte als gewissenlose Mann bald Außergewöhnliches leisten werde. Herr von Sanecki war der Sprößling eines verarmten Adelsgeschlechtes aus dem Posen'schen. Schon als Jüngling hart und rastlos, klug und ehrgeizig, hatte er zunächst die volle Kraft darauf gewendet, sein Erbgut den Klauen der Gläubiger zu entreißen. Es war vergeblich gewesen; er hatte trotz Fleiß und Sparsamkeit nicht mehr gutmachen können, was seine Ahnen gesündigt. Dann war er als Beamter in preußische Dienste getreten und, der Carriere zu liebe, Protestant geworden; vielleicht hätte er hier sein Ziel, eine glänzende Existenz, erreicht, wenn er nicht in seinem Streben, bald auf staunenswerthe Erfolge hinweisen zu können, die strengen Grenzen der Rechtlichkeit überschritten hätte, welche jener Staat seinen Dienern steckt. Mit Eclat entlassen, ging Herr v. Sanecki, damals kaum dreißigjährig, nach Krakau, ward wieder katholisch, studirte Theologie und erhielt, kaum zum Priester geweiht, die Verwalterstelle in Kossowince. Nachdem er hier seine Mission so glänzend erfüllt, hätte ihn der Erzbischof gern in ehrenvoller Stellung nach der Hauptstadt berufen. Aber er bat sich als Gnade aus, „die Bekehrten nun auch selbst in den neuen Bahnen bestärken zu dürfen", weil er erkannt hatte, daß sich hier leicht und rasch ein großes Vermögen erwerben lasse. Nachdem vorläufig dem Ehrgeiz genug geschehen, wollte er nun auch jenen anderen Drang befriedigen, welcher seine dunkle, im Kampf um's Dasein schlecht gewordene Seele erfüllte: die Geldgier.

Auch dies schien ihm gelingen zu wollen, freilich durch wahrhaft grauenhafte Mittel. Die Bauern von Kossowince kamen schon nach wenigen Wochen zur Erkenntniß, daß ihr Liebling nicht ganz so milde sei, wie sie gewähnt; einige Monate später waren sie fest überzeugt, daß es der leibhaftige Teufel sei, welcher von der Kanzel predige und vom Castell regiere. In zweier Männer Hand lag im Vormärz das Schicksal jedes galizischen Dorfes: des Mandatars und des Pfarrers. Hier war diese Macht in die Hände desselben Mannes gelegt; Herr v. Sanecki durfte buchstäblich thun, was ihm beliebte. Weigerte der Bauer dem Pfarrer eine drückende Abgabe, so konnte ihn der Mandatar dafür in's Dominial-Gefängniß werfen lassen, und weigerte er sie dem Mandatar, so hatte der Pfarrer die Macht, ihn durch kirchliche Strafen mürbe zu machen. Natürlich sträubten sich die Leute anfangs aus Leibeskraft und nahmen Rechtshilfe in Anspruch; aber ebenso begreiflich war's, daß ihnen alle Eingaben nichts nützten; denn beim Kreisamte konnte sich der Mandatar auf den Pfarrer, beim Consistorium der Pfarrer auf den Mandatar ausreden. Nun sprach zudem gegen diese trotzigen Convertiten der Schein, und insbesondere klang es glaubwürdig, wenn der Pfarrer klagte, daß sie, die aus äußeren Gründen katholisch geworden, sich nun weigerten, alle Gebote und Anforderungen der neuen Confession zu erfüllen. Und da dies obendrein die herrschende, sorglich protegirte Confession war, so regnete es auch noch „Muthwillensstrafen". Die Militär-Execution lag im Dorfe; die Leute zahlten, so lange sie konnten, und wenn sie kein Baargeld mehr hatten, wurden sie gepfändet, und erst wenn nichts mehr zu pfänden war, kümmerte sich auch Herr von Sanecki nicht mehr um sie. Der Habenichts durfte straflos die gröbsten Kirchenfrevel begehen. Gewaltthat, die keinen klingenden Lohn brachte, war nicht nach dem Geschmacke dieses Mannes, und das härteste Erpressungsmittel, welches er anwendete, die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses, traf nur Wohlhabende! . . .

Solcher Art war der Mann, gegen den Taras zuerst den Rächerarm erhob. Da es bereits gegen Mitternacht ging, als die Schaar von den „weißen Quellen" aufbrach, so erreichte sie, obwohl es thalab ging und die Fackeln raschen Trab ermöglichten, doch erst nach zwei Uhr die Furth über den Pruth. Nachdem der Fluß passirt und der geschorene Kommissär säuberlich abgesetzt war, ging es im Galopp flußabwärts, durch die Ebene hin. Eine Stunde später waren sie dicht vor Kossowince. Trotz der Dunkelheit gewahrte Taras, der an der Spitze ritt, mitten in der Straße einen Reiter, der da regungslos hielt. Es war ein Abgesandter des Dorfes, welcher dem „Rächer" als Wegweiser dienen sollte.

„Antworte kurz!" gebot ihm der Hetman und befahl der Schaar, zu halten. „Wie viele Soldaten sind im Dorfe und wie sind sie vertheilt?"

„Ein Lieutenant mit fünfzig Mann," erwiderte der Bauer. „Es sind Weißröcke, Wälsche mit grünen Aufschlägen. Dreißig Mann liegen im Pfarrhofe! Der polnische Teufel wohnt nämlich selbst im Castell und hat uns den Pfarrhof als Kaserne vermiethet, wofür wir ihm jährlich fünfhundert Gulden . . ."

„Die übrigen zwanzig?"

„Liegen als Exekution in den Hütten. Einzeln oder zu Zweien, im ganzen Dorfe verstreut. Im Schlosse sind nur der Lieutenant und sein Bursche; ferner fünf Knechte. Aber sieh' Dich vor, der Pfarrhof liegt nur etwa zweihundert Schritt weit."

„Sind Wachtposten ausgestellt?"

„Ein Einziger — vor dem Pfarrhof. Aber diesen Burschen ist es ja bei uns zu kalt, sie pflegen gewöhnlich, in den Mantel eingerollt, wie die Igel im Wachthäuschen zu schlafen."

„Eure Leute bleiben in ihren Hütten?"

werden. — Ein höchst sonderbares Gnadengesuch hat ein Schuhmachermeister D. aus Nordhausen an den Kaiser gerichtet. Es enthält die Bitte, der Kaiser möchte ihm einen von ihm — dem Kaiser — eigenhändig abgespielten Satz Skatkarten als Reliquie übersenden. Der Kaiserliche Entscheid steht noch aus. — Der Mörder Solm, der am Sonnabend Vormittag die 73jährige Wittwe Hermsdorf in Dresden ermordete, ist, wie die „Dresd. Neuest. Nachr." melden, in vergangener Nacht in Bodenbach durch einen von Dresden abgereisten Kriminalschutzmann verhaftet worden. — Die Erdbewegungen in Eisleben mehren sich in letzter Zeit in recht bedenklicher Weise, fast jeden Tag, oft zu wiederholten Malen, finden heftige Erschütterungen statt, so daß verschiedene Häuser auch wieder recht bedenkliche Risse zeigen. Die Schüler der Realschule erhielten sechs Wochen Ferien. Während dieser Zeit soll das Schulgebäude, das durch die Erdbewegungen stark beschädigt worden ist, wieder hergerichtet werden. — Wegen fortgesetzter Unterschlagung von Packeten mit Werthsachen und gewöhnlichen Briefen auf der Hauptpost in Elberfeld wurden zwei Hülfsboten, die Brüder Schmidt, verhaftet. — Ein etwa 60jähriger Mann versuchte dieser Tage in Aachen in einer abgelegenen Straße ein 13jähriges Mädchen zu vergewaltigen. Der Vater des Kindes kam auf dessen Hilferufen herbei und warf den Verbrecher derart gegen die Wand, daß der Mensch einen Schädelbruch erlitt und nach zwei Tagen an dessen Folgen starb. Der Vater des Mädchens wurde in Haft genommen. Der Vorfall erregt großes Aufsehen. — In Geroldsau bei Baden-Baden erschlug der Auerhahnwirth Fatsch seine Frau mit einem Peitschenstock. — Dem „Lorrain" zufolge wurde der Bruder Luccheni's, des Mörders der Kaiserin von Oesterreich, in Landorff (Lothr.) verhaftet und in das Untersuchungsgefängniß in Metz verbracht. Luccheni, der sich für einen Anarchisten ausgiebt, soll verschiedene Morde in Frankreich und an der luxemburgischen Grenze verübt haben. — Ein Lustmord wurde zwischen Mundenheim und Maudach (Pfalz) an einem 9jährigen Mädchen verübt. Die Leiche der Kleinen wurde im Getreidefeld mit aufgeschlitztem Leibe aufgefunden. Im Verdacht der Thäterschaft steht ein Stromer im Alter von etwa 40 Jahren, in dessen Begleitung das Kind gesehen wurde. — Der Blitz schlug während des Gottesdienstes in die Kirche in Kozieglowka (Galizien) ein, tödtete drei Personen und verwundete sechs. 20 Personen wurden bei der hierdurch entstandenen Panik verletzt. — In einem Anfall von Irrsinn erschoß am Montag in Stuhlweißenburg der Eisenbahnarbeiter Jambor seine fünf Kinder und dann sich selbst. — Im Bergwerke von Anina bei Temesvar fand am Montag ein Wassereinbruch statt, dem eine Explosion schlagender Wetter folgte; vier Arbeiter wurden lebensgefährlich, sechs schwer und fünf leicht verwundet. — Aus den Ufern getreten ist in Ungarn der ungarische Fluß Koeroes. Das Dorf Dragomjesd ist überschwemmt, das Wasser ist dort in die Häuser eingedrungen. Sowohl dort wie in den Dörfern Negerfalva, Cziganyesd und Lelesd sind durch die Hochfluth alle Saaten zu Grunde gerichtet worden. Der Verkehr ist unterbrochen. — Ein Erdbeben, das mehrere Sekunden anhielt, ist in der Nacht zum Dienstag in Pisa und Florenz verspürt worden. — Die russische Kaiserin Alexandra ist von ihrem dritten Kinde entbunden worden; es ist wieder ein Mädchen, das den Namen Maria erhalten hat. Die Hoffnung auf die Geburt eines Thronfolgers ist abermals getäuscht worden — trotz des Professors Schenk, den man diesmal zu Rathe gezogen hatte.

„Das Gute räumt den Platz dem Bösen . . ." Etwas Schreckliches ist der Studentenschaft von Halle a. S. passirt. Sie theilt das der Presse in folgendem Schreiben mit: „Gemäß den Beschlüssen des Hamburger Vertretertages hatte die Hallenser Studentenschaft am 21. Juni eine Bismarck-Gedächtnißfeier durch einen Fackelzug zu veranstalten beschlossen. Den Mittelpunkt dieser Feier sollte ein Kaiserhoch und eine Bismarckrede auf dem Marktplatze bilden. Nachdem der Studentenausschuß von der Polizeibehörde bis zum letzten Augenblicke hingehalten war, wurden schließlich Kaiserhoch und Bismarckrede verboten. Auch Vorstellungen beim Herrn Oberbürgermeister fruchteten nichts, vielmehr wurden die drei Vertreter des Studentenausschusses, die sich in letzter Stunde noch persönlich an den Herrn Oberbürgermeister wandten, von diesem in barscher Weise in Gegenwart von Zeugen in einem öffentlichen Lokale abgewiesen. Begründet wurde das Verbot mit dem Hinweis auf zu erwartende sozialdemokratische Gegenkundgebungen, die zu verhindern der Polizeibehörde eine genügende Anzahl von Schutzleuten nicht zur Verfügung stände. Die Verhinderung mit dieser Begründung mußte in der Oeffentlichkeit umsomehr Aufsehen erregen, als das Programm des Fackelzuges schon durch die Halle'schen Zeitungen gegangen war. Als trotzdem von einem Theilnehmer des Fackelzuges am Schlusse desselben aus persönlicher Initiative ohne Auftrag des Ausschusses der Versuch gemacht wurde, ein Kaiserhoch auszubringen, wurde dies sofort von einem Polizeibeamten verhindert. Von der verspäteten Erlaubniß, ein Kaiserhoch ohne jede Rede ausbringen zu dürfen, konnte nicht mehr Gebrauch gemacht werden. Statt dessen wurde in der zwei Tage darauf stattfindenden Sitzung des Studenten-Ausschusses beschlossen, ein Ergebenheits-Telegramm an Se. Majestät den Kaiser Wilhelm II. abzuschicken. Damit in Zukunft ähnliche Vorkommnisse ausgeschlossen sind, hat der Ausschuß der Hallenser Studentenschaft dahin gehende Beschwerde an den Herrn Regierungs-Präsidenten gerichtet." Die „Hamb. Nachr." sind natürlich wüthend über dieses Vorkommniß; lieber eine Straßenschlacht als das Verbot der Bismarckrede. „In der preußischen Monarchie verwehrt eine staatliche Behörde den Ausdruck vaterländischer und monarchischer Gesinnung, weil das bei den Pöbelmassen (wie geschmackvoll!) Anstoß erregen könnte, die im Banne der staatsfeindlichen revolutionären Sozialdemokratie stehen! Wenn wirklich nicht ausreichend Schutzmannschaft zur Verfügung stand, so hätte die Hallesche Garnison leicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeboten werden können. Daß eine Behörde, und noch dazu eine, deren besondere Aufgabe der Schutz der staatlichen Ordnung ist, in dieser Weise öffentlich vor der Sozialdemokratie kapitulirt, ist doch eine Handlungsweise, die mit dem ihr gebührenden Ausdruck zu belegen wir leider verzichten müssen." Wäre den Sozialdemokraten eine solche öffentliche Demonstration verboten worden, so hätte man es natürlich ganz in der Ordnung gefunden.

Die unbefleckte Fahne. Die „Sonneberger Zeitung" enthält folgende köstliche Anzeige:

„Warnung! Wir warnen hiermit Jedermann für das Weiterverbreiten des falschen Gerüchts, daß unsere Fahnenträgerin Fräulein Rosa Hammerschmidt in anderen Umständen ist. Nicht diese, sondern Begleiterin Emma Althaus ist es. Da dieselbe die Fahne nicht in die Hand bekommen hat, so ist unsere Fahne als unbefleckt zu betrachten. Diejenigen Personen, welche sich wiederholt der unverschämten Lüge bedienen und uns mit unserer Fahne beleidigen, werden wir gerichtlich belangen.

Der Vorstand des Turnvereins Hönbach."

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der 26 Jahre alte Schuhmachergeselle Ernst Aust aus Neustadt vom Landgericht zu Bautzen zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Verurtheilte hat am 1. Mai im Schützenhause zu Bernstadt in betrunkenem Zustande mit seiner radikalen Gesinnung renommirt, sich als Sozialdemokrat und (!) Anarchist aufgespielt und dabei die beleidigende Aeußerung gethan.

Das „Attentat" gegen König Humbert von Italien wird seit einigen Tagen vor den Geschworenen Roms nochmals verhandelt. Bekanntlich mühte sich die Polizei im Jahre 1897 ernstlich, ein anarchistisches Komplott zu konstruiren, mußte aber am 21. Oktober auf richterlichen Entscheid die acht „Mitschuldigen" Acciaritos wegen mangelnder Beweise freilassen. Im Herbst 1898 tauchte plötzlich die Nachricht auf, die Regierung habe unterdessen neue Beweise gesammelt, und thatsächlich wurden am 23. Dezbr. 1898 vier von den im Jahre vorher freigesprochenen „Mitschuldigen" gefänglich eingezogen, nämlich Diotalleri, Collabona, Ceccarelli und Gudini; ein fünfter Angeklagter, der Student Cherubino Trenta, war nicht aufzufinden. Was war in der Zwischenzeit passirt? Acciarito hatte in allen Verhören und auch in seinem Prozeß stets geleugnet, Mitschuldige zu haben, am 2. Dezember 1898 schickte er jedoch ein Begnadigungsgesuch an den König, aber nicht nur für sich, sondern auch für seine beiden Genossen Diotalleri und Ceccarelli. Als er keine Antwort erhielt, erneuerte er das Gesuch, und zwar diesmal an den Justizminister, indem er sich als ein Opfer der Verfolgung hinstellte und wiederum die beiden Diotalleri und Ceccarelli als Anstifter nannte und hinzufügte, Collabona und Gudini hätten von seinem Beginnen Kenntniß gehabt. Von Trenta sprach er nicht. Wie jetzt bekannt wird, hat Acciarito, der die ersten sieben Jahre in Einzelhaft mit Zwangsarbeit zubringen muß, oft Gespräche mit dem Zuchthausdirektor. Da dieser ihn sehr demüthig und gesetzt sah, ermunterte er ihn, das Gnadengesuch einzureichen. Nicht lange darauf erklärte der Zellennachbar Acciarito's, ein gewisser Petitto, er unterhalte sich durch eine Art Klopftelegraphie mittelst der Wand mit Acciarito. Der Direktor beauftragte den Angeber, ihm täglich die Unterhaltung mit dem Attentäter zu schreiben, was auch vom 14. November bis zum 14. Dezember geschah. Aus diesen Briefen geht hervor, daß der Spion sich fälschlich als Anarchist ausgab, aber Acciarito nicht sprach. Nun erfand der Spion die schöne Geschichte, daß die Geliebte Acciarito's einen Sohn geboren habe, den die Polizei tödten wolle, damit er sich nicht einst später wegen der Verurtheilung des Vaters rache. Acciarito fiel auf diese perfide Erzählung herein und beichtete. Der Direktor nahm nun die Geschichte auf, und Acciarito verfaßte mit Petitto zusammen ein Protokoll, aus dem hervorgeht, daß er seine That vollkommen bereut. Dem widerspricht aber wieder ein anarchistisches Gedicht, das der Attentäter wenige Tage nach der Beichte verfaßte. Nichts destoweniger schrieb Acciarito, nachdem er wieder von Petitto getrennt war, täglich Briefe an den Direktor, in denen er die Furcht ausdrückt, man würde seinen Enthüllungen nicht glauben. Bis jetzt hat der Prozeß, nach der „Frkf. Ztg.", noch nichts Wichtiges hervorgebracht. Die Angeklagten leugnen alle; mehrere von ihnen betheuern sogar ihre große Verehrung für König Humbert.

Wie rüpelhaft sich Streikbrecher betragen, Leute die angeblich kein Wässerchen trüben, und immer als die armen Bedrängten gelten, dafür wurde jetzt auf einem Dresdener Bau ein hübsches Pröbchen geliefert. In Dresden und Umgegend streiken bekanntlich die Maurer. Auf dem betreffenden Bau arbeiten nur indifferente Maurer als Streikbrecher, während zu gleicher Zeit organisirte Töpfer dort mit Ofensetzen beschäftigt sind. Einer derselben hatte nun schon mehrmals bemerkt, daß ihm von seinem Arbeitsmaterial Ziegel weggenommen wurden. Schließlich wurde einer der Maurer dabei auf frischer That erwischt, wie er aus Bequemlichkeit dem Töpfer — um nicht weiter gehen zu müssen — Ziegel wegnahm. Natürlich stellte der Betreffende den Mann in angemessener Weise zur Rede und verbat sich für die Zukunft solche Ungehörigkeit. Als der Töpfer nun am andern Morgen auf seinem Arbeitsplatz kam, war dieser in ekelerregender Weise verunreinigt, indem derselbe als Abort benutzt worden war. — Vielleicht nimmt man diesen Vorfall in die „Denkschrift" für ein Zuchthausgesetz gegen Streikbrecher auf.

Das Wachsen der Fingernägel. Ein amerikanisches wissenschaftliches Blatt giebt einige überraschende Erklärungen über das Wachsen der Fingernägel ab, das sehr verschieden auftritt. Die Nägel wachsen im Sommer schneller als im Winter und in der Jugend weniger schnell als im Alter. Schon eine leichte Erkrankung hält ihr Wachsthum zurück; sie verlängern sich sogar bei demselben Menschen sehr verschieden: die Nägel der rechten Hand wachsen ungleich schneller als die der linken, der Mittelfinger am schnellsten, Daumen und der kleine Finger am langsamsten. Ihr Wachsthum beträgt wöchentlich 0,079 Zentimeter, d. h. etwas über vier Meter im Laufe eines Jahres. Ein Mann im Alter von 70 Jahren hat also 56 Meter Horn an seinen Fingerspitzen hervorgebracht, und jeder dieser Nägel hat sich während seiner Lebenszeit im ganzen 86 Mal erneut.

„Ja — so sehr ihnen auch das Herz gelüsten würde, dabei zu sein. Aber sie sehen ein, es ist gut so für die Zukunft. Nur ich brauche mich vor nichts mehr zu fürchten. Ich heiße Jacek Borodenko, der Teufel hat meinem Vater auch sein Letztes genommen. Ich gehe dann ohnehin mit Dir."

„Davon später!" Taras wendete sich an seine Schaar. „Die Vereinzelten brauchen uns nicht zu kümmern, für uns sind nur Pfarrhof und Schloß wichtig. Wir theilen uns in zwei Haufen. Zum ersten gehören ich und der „Edelfalke," Jemilian und Sefko, Wassilj und Sophron, Stas Barilko und Karol Wygoda. Uns fällt es zu, im Schlosse das Richtamt zu üben. Die Anderen Alle gehören zu dem Haufen, den Naschko führt. Du," er wendete sich an den Juden, „machst den Wachtposten unschädlich, umzingelst den Pfarrhof und sorgst dafür, daß die „Weißröcke" drin bleiben. Gelingt dies nicht, so wehret Ihr ihnen doch den Zugang zum Schlosse. Ich baue darauf, daß ich, so lange Ihr lebet, in der Erfüllung meiner Pflicht nicht gestört werde! . . . . Euch Allen aber die Mahnung: wer aus Blutdurst mordet, wird später schwer gestraft, wer aber seine Hand nach fremdem Gute ausstreckt, den erschieße ich selbst und sofort! . . . . Nun vorwärts, im Schritt, und möglichst leise!"

Sie zogen langsam dahin. Nach lag die Nacht tiefschwarz über der Ebene, nur am östlichen Himmel wies sich bereits ein matter, grauer Schimmer.

Vor der Kirche trennten sie sich. Taras und seine sieben Gefährten wendeten sich zu dem Schlosse, die Andern machten Halt, Einige von ihnen stiegen vom Pferde und schlichen sich nach dem Pfarrhofe, den Posten zu überrumpeln.

„Kennst Du Dich im Schlosse aus?" fragte Taras den Führer.

„Ja, Herr, so gut wie in meiner Tasche. Ich habe nämlich, als die Gräfin Diana noch lebte, da als Knecht gedient."

„Dann bleibst Du bei mir. Es wird da wohl eine Hinterthür sein, welche leicht einzubrechen ist?"

„Das nicht, der Teufel ist vorsichtig und hat Alles mit Eisen beschlagen lassen. Aber der blonde Michalko, der Pferdeknecht, hat eine Liebschaft mit einer Dirne im Dorfe. Ist uns das Glück günstig, so finden wir die Pforte offen."

Sie ritten möglichst leise heran. Jacek drückte auf die Klinke, die schwere Thür ging knarrend auf. Nun stiegen sie von den Pferden; Wassilj übernahm es, sie zu halten und die Pforte zu überwachen. Die Anderen folgten dem Führer durch einen gewölbten Korridor in's Haus. Sie beschlossen, sich zunächst der Knechte zu versichern. Dieselben schliefen in einer großen Stube des Erdgeschosses. Jacek schlich sich heran. „Der Schlüssel steckt", flüsterte er erfreut und schloß ab. Von drinnen war kein anderer Laut vernehmbar, als taktfestes Schnarchen. „Vorsicht ist doch nöthig", entschied Taras. „Sie werden von dem Lärm erwachen, hinauseilen und uns dann vielleicht das Pförtchen sperren. Also, Sophron und Karol!" Die beiden Männer stellten sich vor die Thür.

„Nun zum Leutnant!" befahl er. „Im ersten Stock", berichtete der Führer. „Im selben Korridor wie der Teufel". Er gebrauchte diese Bezeichnung gleich den übrigen Dorfbewohnern, als ob Victor v. Saueckt nie einen andern Namen geführt hätte. Sie schritten die Treppe empor. Als sie den Korridor erreicht, fiel draußen ein Schuß, ein zweiter und ein dritter, dann vernahmen sie wirres, durch die Ferne gedämpftes Rufen. Vor dem Pfarrhofe hatte der Kampf begonnen.

In demselben Augenblicke öffnete sich eine Thür, und der Leutnant stürzte hervor, den Säbel unter dem Arme, eine Pistole in der Hand. Blitzschnell warf sich Taras auf ihn, entwaffnete ihn und rang ihn nieder. Ein Gleiches thaten die Andern mit seinem Burschen und den Lakaien, die aus ihren Kammern hervorgestürzt kamen.

„Keine Zeit verlieren!" befahl Taras. „Nicht knebeln!" Die Thür zur Kammer des Burschen stand offen, der kleine Raum hatte keinen andern Ausweg, und das Fenster war vergittert. „Da hinein!" Sie schoben die Bewältigten hinein und verschlossen die Thür. Sefko blieb als Wache vor derselben zurück. Die Anderen stürmten den Korridor hinab zum Schlafgemach des Pfarrers.

Die Thür war verschlossen. Aber als sich Taras mit der Wucht seines Riesenleibes gegen sie warf, barst sie und ging dann unter den Kolbenhieben der Männer vollends in Stücke. Während sie in das große, hohe, aber höchst bescheiden eingerichtete Gemach eintraten, erlosch eben das Nachtlämpchen. Aber beim Fackelscheine erkannten sie, daß dies nicht der Hauch eines Menschen gethan, sondern der Luftzug. Das Gemach war leer, das zerwühlte Lager verlassen, ein Fenster im Hintergrunde geöffnet.

Julko stürzte dahin. „Seht her!" rief er und hielt ein Tuch empor, das im Winde flatterte, „er hat sich an dem Bett-Tuche hinabgelassen!"

„Unmöglich!" rief Jacek. „Hier umgiebt ja der Graben das Schloß, er müßte unten zerschellen!"

„Aber das Zimmer hat keinen anderen Ausgang?"

„Doch! Ein kleines Nebengemach stößt daran, mit einer geheimen Thür. Es hatte früher noch einen Ausgang zur Hintertreppe. Aber als der Teufel da seine Schätze unterbringen wollte, ließ er jene Thür vermauern. Nun sitzt er darin und kann uns nicht entrinnen".

„Weißt Du, wo die geheime Thür ist?"

„Ja, in dieser Wand". Er deutete auf die Wand, an welcher das Bett stand. Sie war mit einer angedunkelten Ledertapete bekleidet, welche einen sonderbaren Zierrath aufwies: dieselbe war in ihrer ganzen Ausdehnung mit großen, vergoldeten Metallknöpfen bedeckt, die eine Art Muster bildeten. „Die Thür ist so geschickt eingefügt, daß man sie von Außen gar nicht gewahren kann. Aber wenn man an einen dieser Knöpfe drückt, so springt sie auf. Ich habe es einst selbst mit angesehen. Welcher Knopf es ist, weiß ich freilich nicht, wir müssen es der Reihe nach versuchen."

„Das ist schlimm", sagte Taras. Er horchte hinaus; wieder waren einige Schüsse gefallen und das wilde Geschrei der Kämpfenden klang nun noch deutlicher herüber. „Nun — gleichviel — wir müssen! Du weißt genau, daß der andere Ausgang vermauert ist?" Der Mann bejahte es. „Dann an's Werk!"

(Forsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. —
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.